



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Stadt – Land – vieles ist im Fluss

Unterschiedliche Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein

Inhalt

Meldungen	2 – 4
Königin Margrethe II. im Landtag	5
Stadt und Land	6 – 12
Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein	6
Pendler und Anwohner: Probleme mit der Bahn	7
Hausärztemangel, Raumordnung	8
Der Haushalt 2020 vor Ort	9
Rückblick 1955, 1978, 1991: Schleswig-Holstein als „Zonenrandgebiet“	10
Altenparlament sucht Strategien gegen Einsamkeit	12
Ausschüsse	13 – 15
Debatte über Gesichtsschleier an der Uni Kiel	13
Petitionsausschuss lädt zu Bürgersprechstunden	14
Reisen nach San Francisco und Toronto	15
Im Zentrum	16 – 17
Land am Wasser: Das Landtagsjahr 2020	
Plenarberichte	18 – 20
Herkunftssprachlicher Unterricht, Minderheiten im Grundgesetz	18
„Feindeslisten“ und Bedrohungen im Internet	19
Wende 1989/90, Rauchverbote	20
Lebensmittelkennzeichnung, Meldungen für das Ehrenamt	21
Leichte Sprache: Arbeit für Menschen mit psychischen Problemen	22
Personalien	23
Europa: Gedenken an den Überfall auf Polen 1939	24
Ostseeparlamentarier in Oslo, gemeinsame Initiative mit Südtirol	25
Bücher	26 – 29
Landtagskrimi: Die „Förde-Detektive“ ermitteln	26
200. Geburtstag des Dichters Klaus Groth	28
Bücherecke, Impressum	29
Im Porträt: Peer Knöfler (CDU), Stefan Weber (SPD)	30
Ins Bild gerückt: zu Besuch im Landeshaus	31
Termine, Termine, Termine	32

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Alltag der Menschen in Schleswig-Holstein kann sehr unterschiedlich aussehen – je nach dem, ob man auf dem Land wohnt oder in einer großen Stadt, ob man jung ist, mitten im Berufsleben steht oder der älteren Generation angehört. Entsprechend groß sind die Herausforderungen an die Politik, wie in den letzten Wochen im Landtag deutlich wurde. Auf dem Dorffürchten viele Menschen, dass die Landarztpraxis bald leer stehen könnte. Pendler sind nicht immer glücklich mit der Bahn. Und für Senioren wird Einsamkeit zum Problem. Vor einigen Jahrzehnten kam noch eine weitere Herausforderung hinzu: die abgelegene Lage Schleswig-Holsteins im „Zonenrandgebiet“ an der innerdeutschen Grenze. Davon handelt unsere Rückblicksgeschichte.

Außerdem schauen wir in dieser Ausgabe auf den Besuch der dänischen Königin Margrethe II. im Landeshaus, der den Auftakt zum grenzüberschreitenden Feierjahr 2020 bildete. An den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen 1939 erinnerte der Landtag gemeinsam mit dem polnischen Botschafter. Zum 200. Geburtstag des Dichters Klaus Groth wurden dessen Verdienste um die plattdeutsche Sprache gewürdigt. Und: Der Landtag schickt die „Förde-Detektive“ auf Spurensuche. Der Krimi für Kinder soll jungen Lesern neben Spannung auch politische Bildung vermitteln.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihre Redaktion

Aminata Touré ist neue Vizepräsidentin

Das Präsidium des Landtages ist wieder komplett: Die Grünen-Politikerin Aminata Touré ist neue stellvertretende Landtagspräsidentin. Die 26-Jährige wurde Ende August zur Nachfolgerin ihres Parteifreundes Rasmus Andresen gewählt, der im Mai einen Sitz im Europaparlament errungen hatte. Touré, die von den Jamaika-Fraktionen vorgeschlagen wurde, erhielt in geheimer Abstimmung 46 von 69 Stimmen. Es gab 15 Nein-Stimmen und acht Enthaltungen. Sie war die einzige Kandidatin. Die gebürtige Neumünsteranerin, deren Familie aus Mali in Westafrika stammt, ist zurzeit die zweitjüngste Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Damit stehen Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU) drei Frauen zur Seite. Neben Touré sind dies Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) und Annabell Krämer (FDP). Die „Vizes“ vertreten den Landtagspräsidenten bei Sitzungen und auswärtigen Terminen, wenn dieser verhindert ist.



ZÄHLBARES

79

Einwohner pro Quadratkilometer leben im Kreis Nordfriesland. In Kiel sind es 2.086 (Quelle: Statistikamt Nord).

Mehr zu den unterschiedlichen Lebensverhältnissen im Lande ab Seite 6

Grünen-Politiker Joschka Knuth rückt nach

Der neue Grünen-Abgeordnete Joschka Knuth ist Ende August von Parlamentspräsident Klaus Schlie verpflichtet worden. Der 26-jährige Kieler rückte für seinen Parteikollegen Rasmus Andresen nach, der im Mai ins Europaparlament gewählt worden war. Knuth war der nächstfolgende Kandidat auf der Grünen-Landesliste zur Landtagswahl 2017. Er arbeitete zuletzt bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zuvor war der studierte Geograf unter anderem persönlicher Referent von Ex-Umweltminister Robert Habeck. In seiner Fraktion agiert Knuth als wirtschaftspolitischer Sprecher.



„Folgestudie“ zur NS-Vergangenheit

Die Studie zu NS-Verstrickungen von schleswig-holsteinischen Landespolitikern hat vor drei Jahren große Aufmerksamkeit erregt. Nun soll eine „Folgestudie“ weitere Klarheit bringen. Studienleiter ist erneut Prof. Uwe Danker von der Uni Flensburg. Er arbeitet mit einem zehnköpfigen Team an dem Projekt.

In Bezug auf den Landtag gebe es noch offene Fragen, so Danker bei der Vorstellung des Konzeptes Ende August: Wie lief der Umgang zwischen einstigen NSDAP-Parteigängern und Widerstandskämpfern? Wie war es um die politische Kultur und die Sprache bestellt? Darüber hinaus haben die Forscher exemplarisch zwei Kommunalvertretungen ausgewählt: den Kreistag von Süderdithmarschen und die Flensburger Ratsversammlung. Es soll untersucht werden, welche Stadt-Land-Unterschiede es gab. Weitere Schwerpunkte sind die Landespolizei, Gerichte, Staatsanwaltschaften, das Justiz- und das Sozialministerium sowie die Kultur. Die Biografien von insgesamt 491 Personen sollen unter die Lupe genommen werden. Der Landtag hatte die Studie im April 2018 einstimmig auf den Weg gebracht, im Herbst 2020 soll sie fertig sein.

Wasser-Volksbegehren gestartet

Mit einer Kundgebung vor dem Landeshaus ist das Volksbegehren zum Schutz des Wassers Anfang September an den Start gegangen. Die Initiative fordert einen besseren Schutz des Grundwassers vor Risiken der Gas- und Ölförderung, mehr Transparenz sowie eine vollständige Haftung von Konzernen für Umweltschäden, die von ihnen verursacht wurden. Zu dem Bündnis gehören Bürgerinitiativen, Verbände sowie Piratenpartei, SPD und SSW. Um einen Volksentscheid zu erreichen, müssen die Initiatoren bis zum 2. März nächsten Jahres mindestens 80.000 gültige Unterschriften sammeln. Es ist das erste Volksbegehren im Lande seit zehn Jahren.



Landtag lehnt Wohnraum-Initiative ab

Der Landtag hat die „Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum“ Ende September mehrheitlich abgelehnt. Sozialverband und Mieterbund hatten gefordert, „die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum“ als Staatsziel in die Landesverfassung aufzunehmen. Ein solcher Passus hätte „keine unmittelbaren Auswirkungen“,

argumentieren die Jamaika-Fraktionen und die AfD. CDU, Grüne und FDP verweisen auf die bereits „beschlossenen Instrumente zur Entlastung der Wohnraumsituation“, etwa eine Reform der Landesbauordnung. SPD und SSW unterstützten hingegen die Initiative. Die Initiatoren hatten gut 39.000 Unterschriften gesammelt.

Wortwörtlich



„Der Anstieg der Mietpreise hat in vielen Regionen jeden Bezug zum realen Wert verloren, ist Ausdruck eines defekten Marktes, hochattraktiv für Renditejäger und Spekulanten – ein Markt, auf dem die Mieterinnen und Mieter unter die Räder kommen.“

(Ralf Stegner, SPD)



„Wir wollen durch den ausreichenden Neubau und die Aufstockung von Wohngebäuden die Mietpreise nachhaltig begrenzen. Wir wollen außerdem die zusätzliche Ausweisung von Flächen für den Wohnungsbau durch einen weiterentwickelten Landesentwicklungsplan.“

(Peter Lehnert, CDU)



„Mein Eindruck ist, dass vieles, das wir an Politikverdrossenheit, an Angst vor der Zukunft und Wut über Politik haben, auch damit zusammenhängt, dass die Leute selbst wenn sie eine bezahlbare Wohnung haben und auch gar nicht umziehen wollen, Ängste haben, wenn sie sich die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt ansehen.“

(Eka von Kalben, Grüne)



„Es geht um die Immobilienpreise allgemein. Viele, die Eigentum haben, profitieren im Zweifelsfall davon. Angesichts der Immobilienpreise sind die eigenen vier Wände jedoch für immer weniger Menschen erreichbar.“

(Christopher Vogt, FDP)



„Das Bundeskabinett hat die Mietpreisbremse bis 2025 verlängert und in einer Reihe von Punkten verschärft. Sie sendet damit genau das falsche Signal. Wir brauchen mehr Wohnungen und was bekommen wir? Mehr Regulierung.“

(Jörg Nobis, AfD)



„Bei einer Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt darf die Miete die ortsübliche Vergleichsmiete um höchstens zehn Prozent übersteigen. Das alleine ist für viele schon eine Sicherheit, vor allem in den Gebieten, in denen die Mieten wirklich durch die Decke schießen.“

(Lars Harms, SSW)



Aus der Aktuellen Stunde am 28. August über den Wohnungsmarkt. Mehr zu den Lebensverhältnissen im Lande ab Seite 6.

Blutspende-Aktion erneut erfolgreich



Landtagspräsident Klaus Schlie (2. v. li.) und Ministerpräsident Daniel Günther im Gespräch mit einem Spender.

69 Blutspender sind dem Ruf von Landtag, Landesregierung und Deutschem Roten Kreuz (DRK) Ende September ins Landeshaus gefolgt. Neun von ihnen waren Erstspender. Es war die 15. jährliche Blutspende-Aktion im Landeshaus seit 2005. Das DRK zeigte sich zufrieden: Die Zahl der Spender ist im Vergleich zum Vorjahr ungefähr gleichgeblieben. Landtagspräsident Schlie betonte: „Das DRK braucht für Unfall- und Krankheitssituationen laufend Blutspenden. Darum ist es ungeheuer wichtig, dass genügend Menschen zur Spende bereit sind.“

Die während der mehrstündigen Aktion gesammelten 34,5 Liter Blut wurden zunächst nach Lütjensee (Kreis Stormarn) transportiert und dort im Labor untersucht. In einem Sammellabor in Frankfurt am Main wird jede Probe dann noch einmal überprüft. Nach 24 Stunden steht das Blut zur Patientenversorgung bereit. Wie in den Vorjahren war es außerdem möglich, sich gleichzeitig für die Stammzellspenderdatei zu registrieren.

Erntekrone aus Ostholstein für das Landeshaus



Tradition zum Erntedank: Mitglieder der Landjugend hängen die Erntekrone im Foyer des Landeshauses auf.

Auch in diesem Herbst schmückt die Erntekrone den Landtag. Sieben Mitglieder des Kreisverbands Ostholstein der Landjugend überbrachten das Geflecht aus getrocknetem Weizen, Gerste, Hafer und Dinkel Ende September. Die Erntekrone wird bis zur Adventszeit in der Eingangshalle des Landeshauses hängen.

„Rund zweieinhalb Stunden haben wir zu zweit an der Erntekrone geflochten“, berichtete Christine Köneke, Vorsitzende der Ostholsteiner Landjugend. Gegenüber den zahlreichen Abgeordneten aus allen Fraktionen, die am Rande der Plenarsitzung die Erntekrone begrüßten, sprach Köneke zudem die Probleme junger Landwirte an, etwa eine geringe Wertschätzung oder die jüngsten Dürresommer. Landtagspräsident Klaus Schlie bedankte sich für das Engagement der Jugendlichen. Die Erntekrone wird im jährlichen Wechsel von den Kreisverbänden der Landjugend gebunden.

Resolution und „Werbefläche“ für Kinderrechte



Applaus für 30 Jahre Kinderrechte (v. li.): Irene Johns, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Familienminister Heiner Garg, Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer.

Ende September, zum 30. Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention, haben die Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes Irene Johns und Familienminister Heiner Garg (FDP) im Beisein von Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer die gemeinsame Erklärung „Zeit für Kinderrechte“ unterzeichnet. Landtagspräsident Klaus Schlie, der gemeinsam mit Garg die Schirmherrschaft der Aktion innehat, hatte die Erklärung bereits im Vorfeld unterschrieben. Im Anschluss wurde im Foyer des Landeshauses der „Mobile Platz der Kinderrechte“ des Kinderschutzbundes enthüllt. Die transportable Litfaßsäule soll ab Ende November auf Reise durchs Land gehen.

Die Kinderrechtskonvention wurde am 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Sie fordert das Recht auf Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und auf Bildung, kindgerechte Lebensbedingungen sowie gewaltfreie Erziehung.

Platt-Zentren: Viel Lob zum 25. Jubiläum



Auch Hip-Hop geht auf Platt: Der Rapper „LPP 143“ aus Kiel-Gaarden machte es vor.

Seit einem Vierteljahrhundert kümmern sich die Zentren für Niederdeutsch (ZfN) in Leck und Mölln um die Pflege der plattdeutschen Sprache. Sie erarbeiten Unterrichtsmaterial für Schulen und Kindergärten, und sie veranstalten Lesungen, Konzerte und Theateraufführungen. Zum silbernen Jubiläum gab es Anfang September bei einer Feierstunde im Landeshaus viel Lob. „De Zentren hebbt dorvöör sorgt, dat dat Plattdüütsche wedder bi de Minschen ankommen is“, betonte Landtagspräsident Klaus Schlie. Er erinnerte daran, dass die Idee, die ZfN zu gründen, 1994 im Landtag entstanden sei: „In’t Landeshuus is dat Plattdüütsche jümmers tohuus west.“ Der Minderheitenbeauftragte der Landesregierung, der CDU-Abgeordnete Johannes Callsen, unterstrich: „De meesten Lüüd bi uns künnt Platt verstohn, un 25 Prozent künnt de Spraak ok sölvns schnacken. Dorüm verbindt dat Plattdüütsche de Minschen in uns Land.“

Königin Margrethe II. von Dänemark besuchte den Landtag

Vier Tage hielt sich die dänische Königin Margrethe II. Anfang September in Schleswig-Holstein auf. Der Staatsbesuch war der Auftakt zum deutsch-dänischen Jubiläumsjahr 2020 (s. unten). Im Landeshaus traf die Monarchin mit Spitzen der Landespolitik zusammen. Landtagspräsident Klaus Schlie informierte die Königin im Plenarsaal über Architektur und Geschichte des Parlamentsgebäudes. Mit Blick auf die Kieler Förde vor dem Plenarsaal hob er Dänemarks und Schleswig-Holsteins Verbundenheit durch die Ostsee hervor. Vorab hatte Schlie der Königin ein besonderes Gastgeschenk überreicht: Im Klaus-Groth-Jahr – der

Dichter wurde vor 200 Jahren geboren – schenkte er ihr eine Erstausgabe seines Werkes „Quickborn“ aus dem Jahr 1856 mit Holzschnitten und Zeichnungen von Otto Speckter. Die dänische Königin ist für ihre Affinität zu Kunst und Literatur sowie ihre eigene künstlerische Ader bekannt. In Haus B, dem Gästehaus von Landtag und Landesregierung, traf Königin Margrethe anschließend auch Ministerpräsident Daniel Günther. Weitere Stationen des Staatsbesuchs waren Flensburg, Schleswig und Friedrichstadt.



Die Königin begrüßt die Mitglieder des Ältestenrats und die Abgeordneten des SSW.



Die Königin trägt sich in das Gästebuch des Landtages ein.



Margrethe II. besichtigt den gläsernen Plenarsaal.

Deutsche-dänisches Feierjahr 2020

Mit insgesamt 60 Veranstaltungen aus den Bereichen Theater, Literatur, Film und Sport wird das 100. Jubiläum der deutsch-dänischen Grenzziehung in Schleswig-Holstein begangen. Die Leiter des Festkomitees, Landtagsdirektor Utz Schliesky und Staatskanzleichef Dirk Schrödter, gaben Mitte August im Europaausschuss einen Überblick über das Programm.

Im Fokus des Festjahres stehe die Rolle der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze, betonte Schliesky. Das verdeutliche das Motto „Selbstbestimmung, Identität, europäische Zukunft“. Der Landtag plant und unterstützt eine Reihe von Projekten: etwa eine szenische Lesung frei nach dem Roman „Riß durchs Festland“ von Uwe Pörksen. Das Buch schildert, wie vor 100 Jahren das Denken in nationalen Kategorien den Alltag der Menschen prägte. Das Stück hat am 13. Februar im Landtag Premiere und geht dann auf Tournee nach Eckernförde, Schleswig, Flensburg und Apenrade. Außerdem unterstützt

das Landesparlament die Ausbildung von 50 „Schülerbotschaftern“, die ihren Altersgenossen auch im südlichen Teil des Landes über die Besonderheiten des Grenzraums berichten. Landtagspräsident Klaus Schlie und Ministerpräsident Daniel Günther wollen im August 2020 zu einer „Sommerreise“ durchs Grenzland aufbrechen. Im Landeshaus werden das Danewerk-Museum und das Deutsche Museum Sonderburg eine gemeinsame Ausstellung präsentieren. Außerdem sind zwei gemeinsame Veranstaltungen des Landtages, des Bundestages und des dänischen Folketings im November 2020

geplant – eine in Kopenhagen und eine in Kiel.

Höhepunkt des Jahres soll ein Bürgerfest in Flensburg am 23. August sein. „Wir wollen die Menschen mitnehmen und die historische Bedeutung des friedlichen Miteinanders verdeutlichen“, merkte Staatskanzleichef Schrödter an. Die Grenzziehung im Jahr 1920 basierte auf Volksabstimmungen. Ein Ergebnis war, dass kulturelle und sprachliche Minderheiten auf beiden Seiten der neuen Grenze entstanden.

Stadt und Land: Wohin geht die Reise?

Fakten zur Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland ändert sich rasant. Die Städte wachsen, vor allem junge Menschen zieht es in die Metropolen. Auf dem Land bleiben die Älteren zurück. Wie sieht es in Schleswig-Holstein aus?

- Die **Einwohnerzahl** des Landes steigt seit Jahrzehnten – von 2,33 Millionen im Jahr 1961 auf 2,63 Millionen im Jahr 1990 und auf exakt 2.896.712 zum Jahresende 2018. Statistiker schätzen, dass es ab 2030 einen leichten Rückgang geben wird.
- Die **Landesteile** entwickeln sich unterschiedlich. Die Städte Kiel und Flensburg sind allein zwischen 2010 und 2016 um fünf bis sechs Prozent gewachsen, die Hamburger Randkreise Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg um etwa fünf Prozent. Dagegen verzeichnete Dithmarschen ein Minus von 0,51 Prozent, und der Kreis Plön wuchs nur minimal um 0,27 Prozent.
- Auch beim **Alter** gibt es ein Stadt-Land-Gefälle. Die Einwohner Kiels und Flensburgs waren Ende 2018 in Schnitt etwa 42 Jahre alt, die Bewohner der Kreise Plön und Ostholstein dagegen 47,2 beziehungsweise 48,2 Jahre.
- Trotz der Unterschiede gilt Schleswig-Holstein im Bundesvergleich insgesamt nicht als Problemfall. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung rechnet weite Landesteile zu „**Deutschlands solider Mitte**“. Der Hamburger Speckgürtel gilt demnach als „starkes (Um-)Land“. Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck zählen zu den „dynamischen Groß- und Mittelstädten“. Allerdings herrsche dort wegen steigender Mieten „Exklusionsgefahr“ – das Risiko einer zunehmenden Spaltung zwischen armen und wohlhabenden Stadtteilen.

(Quellen: Statistikamt Nord, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Friedrich-Ebert-Stiftung)

Deutsche Arbeitnehmer sind immer länger unterwegs, um ihren Job zu erreichen. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung beträgt die durchschnittliche Entfernung zum Arbeitsplatz 10,5 Kilometer – 21 Prozent mehr als noch zur Jahrtausendwende. Die Zahl der Lang-Pendler, die 50 Kilometer und mehr zurücklegen, ist ebenfalls stark gestiegen. Hamburg und die Insel Sylt sind Ziele schleswig-holsteinischer Arbeitnehmer. Doch gerade dort gibt es Probleme mit der Bahn. Entlang der Bahntrasse nach Fehmarn fürchten sich die Menschen hingegen vor dem wachsenden Lärm. Auch das war Thema im Landtag.



HVV: Die Fahrpreise steigen

Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) will seine Fahrpreise anheben, und das stieß im August insbesondere bei der Jamaika-Koalition auf Protest. Nach den HVV-Plänen sollen die Preise um durchschnittlich 1,8 Prozent steigen. Allerdings werden insbesondere die Tarifzonen C, D und E belastet, die in Schleswig-Holstein liegen. Die Hamburger Innenstadt-Zonen A und B bleiben hingegen weitgehend verschont. Der Hamburger Senat, der 85,5 Prozent der Anteile am HVV hält, wolle die Tarifentscheidung „arrogant“ und „hinterrücks“ durchdrücken, zürnte Lukas Kilian (CDU). Die weiteren Partner seien nicht beteiligt worden. Das Land Schleswig-Holstein hält drei Prozent, die Umlandkreise 9,5 Prozent. Der HVV sei bereits „der teuerste Nahverkehrsverbund in ganz Deutschland“, so Kilian. Auf Pendler kämen nun Extra-Kosten von bis zu 14 Euro im Monat zu.

„Hamburg hat im kommenden Jahr Bürgerschaftswahl“, und die CDU wolle sich „profilieren“, konterte Kai Vogel (SPD). Er verwies darauf, dass der Schleswig-Holstein-Tarif in diesem Jahr um durchschnittlich 1,97 Prozent erhöht werde. Zudem koste es im Lande deutlich mehr als im HVV-Bereich, einen Familienausflug mit der Bahn zu unternehmen. Die Koalition solle sich lieber „darum kümmern, statt hier Wahlkampf für Hamburg zu machen“.

Sylt: Ärger über den „Geisterzug“

Der „Sylt Shuttle plus“ ist seit vier Jahren ein Ärgernis für viele Menschen, die per Bahn auf die Nordseeinsel reisen – und stieß im August auch im Landtag auf scharfe Kritik. Denn das Zusatzangebot der Deutschen Bahn auf der Strecke Bredstedt – Niebüll – Westerland verursacht Probleme. Die Autozüge nach Sylt werden durch die Extra-Waggons so lang, dass deutlich mehr Zeit für das Rangieren anfällt. Auf der ohnehin stark beanspruchten Strecke kommt es so zu weiteren Verzögerungen. Hinzu kommt: Nur wenige Fahrgäste nutzen den „Sylt Shuttle plus“, denn dort gilt der teure Fernverkehrstarif der DB. Der Staatskonzern setze diesen „Geisterzug“ nur ein, „um die Gleise für die Konkurrenz zuzumachen“, argwöhnte Kay Richert (FDP). Neben der DB ist auch der private Anbieter RDC auf der lukrativen Strecke unterwegs. Die Deutsche Bahn genießt wegen der Waggons aus Bredstedt jedoch Vorrang auf der Autozugstrecke ab Niebüll. „Hier hat die Bahn sich eines Kniffs bedient“, rügte Lars Harms (SSW). Im Wirtschaftsausschuss soll nun erörtert werden, welche juristischen Schritte möglich sind. Auf Antrag der Jamaika-Fraktionen soll geprüft werden, ob die 39 Kilometer lange Sylt-Strecke nicht mehr als Fern-, sondern als Nahverkehr eingestuft werden kann. Dann wäre das Land zuständig, und nicht mehr die Bundesnetzagentur.

Fehmarnbelt: Bund soll liefern

Wenn der Fehmarnbelttunnel fertig ist, befürchten die Anwohner im Osten des Landes Lärmbelastungen durch die vielen Züge, die dann von Hamburg Richtung Kopenhagen rollen. Bürger, Kommunalpolitik und die Deutsche Bahn hatten sich ursprünglich auf einen Lärmschutzplan verständigt, der über die gesetzlichen Mindestvorgaben hinausgeht. Das Bundesverkehrsministerium will hiervon nun aber offenbar nichts mehr wissen. Im August gab es deswegen große Verärgerung über CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer. Dessen Vorgehen treibe ihm „die Zornesröte ins Gesicht“, erklärte Andreas Tietze (Grüne). Es könne nicht weiter das Motto gelten „im Süden klotzen, im Norden kleckern“, sagte Christopher Vogt (FDP) mit Blick auf die Rheintalbahn in Baden-Württemberg, wo der Lärmschutz über die Mindeststandards hinausgeht – voll finanziert vom Bund. Volker Schnurrbusch (AfD) sprach von einem „Schock für alle Bürger in Ostholstein und Stormarn“. Und Landesverkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) erkannte einen „Affront“ gegen die betroffenen Bürger.

Die SPD forderte das Land auf, sich mit 50 Prozent an den Mehrkosten zu beteiligen. „Uns geht es darum, dass die Bevölkerung dort nicht darunter leiden muss, dass die Regierung schlecht verhandelt“, sagte Fraktionschef Ralf Stegner. Er stieß damit bei den anderen Fraktionen aber auf Ablehnung.

Eine Quote soll junge Ärzte aufs Land locken

In Schleswig-Holstein drohen die Hausärzte auszugehen. Das gilt vor allem für ländliche Regionen, teilweise aber auch für Ballungszentren. Knapp 2.000 niedergelassene Allgemeinmediziner gibt es im Lande, und ein Drittel von ihnen ist älter als 60 Jahre. Ob eine Landarztquote im Medizinstudium helfen kann, hat der Landtag Ende August kontrovers diskutiert.

Die AfD hat einen Gesetzentwurf für eine solche Quote vorgelegt. Demnach sollen zehn Prozent der Studienplätze in Kiel und Lübeck an Bewerber gehen, die sich verpflichten, zehn Jahre lang als Hausarzt in einer unterversorgten Region zu arbeiten. Das wäre auch eine Einstiegsmöglichkeit für Schulabgänger ohne Einser-Abitur, die ansonsten Warte-Semester ableisten müssten. Andere Bundesländer wie Bayern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt seien diesen Schritt bereits gegangen, so **Claus Schaffer (AfD)**. In NRW starte die Quote zum kommenden Wintersemester, und „der Ansturm auf die Landarztstudienplätze ist gewaltig“. Angehende Mediziner müssen sich



Claus Schaffer (AfD) hofft: „Es gibt sehr viele junge Menschen, die gern Landarzt werden möchten. Vielleicht sind nicht alle Einser-Abiturienten. Aber müssen sie deswegen schlechtere Ärzte sein?“

dem AfD-Modell zufolge zu einer Strafzahlung von 250.000 Euro verpflichten, sollten sie ihre Land-Praxis frühzeitig aufgeben.

Die Quote könne allenfalls Teil eines „Bündels von Maßnahmen“ sein, sagte **Hans Hinrich Neve (CDU)**. Ein Kernproblem sei die „abnehmende Bereitschaft“ vieler Jung-Mediziner, die Arbeitsbelastung und das finanzielle Risiko einer Selbständigkeit auf sich zu nehmen. Die Kommunen müssten daher Ärztehäuser und Gesundheitszentren bereitstellen. Besser als eine „betonierte Quote“ sei es, die Bedingungen attraktiver zu gestalten, befand auch **Bernd Heinemann (SPD)**. Dazu gehörten



Hans Hinrich Neve (CDU) ist hingegen skeptisch: „Man ist heute nicht mehr bereit, 60 und mehr Stunden in der Woche zu arbeiten, sondern will auch Freizeit haben.“



der Ausbau der Telemedizin, also der Fernsprechstunde per Internet, oder auch „Hol- und Bringdienste“ für Patienten.

Marret Bohn (Grüne) störte sich an Strafzahlung: Wer während des Studiums merke, dass er ein Talent für Chirurgie habe, der müsse 250.000 Euro zahlen, um den Traumberuf zu erreichen: „Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!“ Bis der erste Quoten-Arzt auf dem Land ankomme, werde viel Zeit vergehen, wendete **Dennys Bornhöft (FDP)** ein: Vor 2032 „wäre kein einziger dieser angehenden Landärztinnen und Landärzte wirklich am Praktizieren.“ **Jette Waldinger-Thiering (SSW)** plädierte stattdessen für eine „Buschzulage“ – eine bessere Vergütung für Ärzte in entfernten Gegenden.

Schleswig-Holstein habe bundesweit „die mit Abstand beste Nachbesetzungsquote bei Ärztinnen und Ärzten“, unterstrich Sozialminister **Heiner Garg (FDP)**: „Wir haben, bezogen auf die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, deutlich mehr Medizinabsolventinnen und -absolventen als in Nordrhein-Westfalen.“ Der Sozialausschuss berät den Gesetzentwurf weiter.

„Zentrale Orte“ sichern die Daseinsvorsorge

130 Gemeinden im Lande gelten als „Zentrale Orte“. Dort ballen sich Wohnungen, Gewerbe, Schulen, Kitas, Ärzte, Banken und Supermärkte. Knapp 70 Prozent der Einwohner des Landes leben in einem „Zentralen Ort“. Größter Zentralort ist das Oberzentrum Kiel mit 247.527 Einwohnern und mehr als 400.000 Menschen im Einzugsbereich. Der kleinste Ländliche Zentralort ist Grube im Kreis Ostholstein mit 1.027 Einwohnern (Stand: Ende Juni 2018). Um ihre Versorgungsfunktionen aufrecht zu erhalten, bekommen die „Zentralen Orte“ Extra-Geld aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

An diesem System wird sich auch in Zukunft nur wenig ändern. Das geht aus einem Bericht des Innenministeriums aus dem August hervor. Einige Kommunen werden höhergestuft, weil die Einwohnerzahl gestiegen ist. Dies sind Mittelangeln mit dem Hauptort Satrup, Steinburg im Kreis Stormarn sowie die benachbarten Gemeinden Neukirchen und Klanxbüll in Nordfriesland, die künftig gemeinsam als Ländlicher Zentralort gelten.

Haushalt 2020 – wie wirkt er vor Ort?

Nach Jahren sprudelnder Einnahmen spannt sich die Finanzlage des Landes an. Das wurde Ende September bei der Ersten Lesung des Landeshaushalts 2020 deutlich. Dennoch würden die Lebensverhältnisse der Menschen weiter verbessert, betonten die Jamaika-Fraktionen. Die Opposition übte hingegen Kritik und verwies auf die stockenden Verhandlungen zwischen Land und Kommunen über die Finanzausstattung von Städten, Kreisen und Gemeinden.

Der Haushaltsentwurf sieht Ausgaben von 13,05 Milliarden Euro vor, eine Steigerung um 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 1,3 Milliarden Euro sind für Investitionen vorgesehen. Damit beträgt die Investitionsquote 10,1 Prozent. 2020 greift erstmals die Schuldenbremse. Dann gibt es keine Konsolidierungshilfen von Bund und reichen Ländern mehr, und Schleswig-Holstein darf keine Neuschulden mehr aufnehmen. Hinzu kommt: Das Land nimmt laut Mai-Steuerschätzung 89 Millionen Euro weniger ein als zunächst angenommen. Der Haushalt wird nun in allen Landtagsausschüssen weiter beraten, Mitte Dezember soll er verabschiedet werden.

FDP-Fraktionschef Christopher Vogt

gab das Motto aus: „Mit hohen Investitionen in unsere Infrastruktur wollen wir das Leben der Menschen erleichtern.“ Dabei seien „Großbaustellen“ wie das „marode Landesstraßennetz“ zu bewältigen. „Ich ärgere mich nicht über die vielen Baustellen und Umleitungen“, so Vogt. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur in der Fläche sei bedeutsam: „Wir brauchen Glasfaser in jeder Wohnung.“



Finanzministerin Monika Heinold (Grüne)

stellte klar: „Wir lassen unsere Kommunen nicht im Regen stehen.“ Sie wies darauf hin, dass der Kommunale Finanzausgleich von derzeit rund 1,8 Milliarden Euro auf 2,4 Milliarden im Jahr 2028 steigen werde. Zudem blickte sie auf das Förderprogramm IMPULS: 2020 seien 69 Millionen Euro zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur vorgesehen, etwa für den Bau von Kitas, für Schulen und Schultoiletten sowie für Sportstätten.



Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende der Grünen

betonte, Jamaika strebe den „Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Regionen“ an. Aus Grünen-Perspektive betonte sie die Chancen des Klimaschutzes für die kommunale Ebene, etwa mehr Solardächer in den Dörfern oder „Städte, wo man das Auto stehen lassen kann“. Sie gab allerdings zu bedenken: „Man kann gar nicht alle gleichmäßig glücklich machen.“



CDU-Fraktionschef Tobias Koch unterstrich: „Auch wir haben Verständnis für die Wünsche der Kommunen.“ Aber: „Wir können nicht über unsere Verhältnisse leben.“ Jamaika habe zuletzt Haushaltsüberschüsse verwendet, „um den Kommunen unter die Arme zu greifen“ und in den vergangenen drei Jahren Investitionen von vier Milliarden Euro angestoßen: „Mit diesem Kraftakt beseitigen wir den Sanierungsstau der vergangenen Jahrzehnte und machen damit unser Bundesland fit für die Zukunft.“



Der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis

warnte mit Blick auf die Weltwirtschaft: „Die Krise steht vor der Tür.“ Das Land taumele einer Rezession „planlos und ziellos entgegen“, und die Koalition zeige keinerlei Willen zum Sparen. Nobis mahnte „einen grundlegenden Kurswechsel“ an, etwa bei den Strompreisen, die in Schleswig-Holstein weltweit die höchsten seien, sowie in der Asylpolitik.



Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD)

monierte, dass es auch im dritten Jamaika-Jahr noch „keine gültigen Regionalpläne für den Ausbau der Windkraft“ gebe. Mit der aktuellen Kita-Reform bleibe Schleswig-Holstein „das einzige norddeutsche Bundesland, wo es nicht in Richtung Beitragsfreiheit geht“. In der Opposition habe insbesondere die CDU einen „bedarfsgerechten kommunalen Finanzausgleich versprochen“. Von dieser Ankündigung setze man sich nun mit „billigen Taschenspielertricks“ ab.



Lars Harms (SSW) lobte die Kommunen

als „Keimzelle der Demokratie“. Wenn ein Gutachten feststelle, dass sowohl das Land als auch die Kommunen finanziell unterversorgt seien, dann müsse es einen „fairen Ausgleich“ geben. Derzeit seien viele Kreise und Städte überlastet. Harms warnte vor einem „politischen Stillstand“ in den Bereichen Ehrenamt, Kultur, Minderheitenpolitik, Soziales, Verkehr und Klimaschutz.



Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es um die besondere Förderung, die die Nord-Wirtschaft über Jahrzehnte genossen hat – wegen der Randlage des Landes an der DDR-Grenze.

1955, 1978,
1991:

Fast ganz Schleswig-Holstein ist „Zonenrandgebiet“

Heute, 30 Jahre nach dem Fall der Mauer, wirkt der Begriff altertümlich. Dabei hat er jahrzehntelang das Leben in weiten Teilen Schleswig-Holsteins geprägt: „Zonenrandgebiet“. Die „Zone“, das war die Sowjetische Besatzungszone, die 1945 entstanden war. Der Begriff blieb im westdeutschen Sprachgebrauch erhalten, auch nachdem auf diesem Gebiet im Oktober 1949 die DDR gegründet wurde.

Die Grenze zwischen der DDR und der im Mai 1949 aus den drei Westzonen gebildeten Bundesrepublik war in den Anfangsjahren noch offen. Das änderte sich im Mai 1952. Die Parteikonferenz der DDR-Staatspartei SED beschloss, die innerdeutsche Grenze abzuriegeln. Metallzäune, Minenfelder, Wachtürme und Drahtverschlänge machten es in der Folge beinahe unmöglich, die ehemals grüne Grenze zu überqueren.

Das hatte nicht nur für DDR-Bürger, sondern auch für Grenzanrainer im Westen drastische Folgen. Denn Gebiete, die früher mit günstiger Verkehrsanbindung mitten im Lande lagen, befanden sich nun in einer extremen Randlage und galten als „Ende der Welt“. Das bekam vor allem die Wirtschaft zu spüren, etwa in Lübeck. Keine andere Großstadt außer Berlin lag so dicht an der innerdeutschen Trennlinie. Die traditionellen Bindungen der Hansestadt

in den Ostseeraum wurden weitgehend gekappt.

Der Bundestag in Bonn reagierte im Juli 1953 mit einem Sonderprogramm für die betroffenen Regionen. Ein 40 Kilometer breiter Streifen westlich der Demarkationslinie bekam nun „Zonenrandförderung“. Unternehmen erhielten Investitionszulagen und Abschreibungsmöglichkeiten sowie Zinszuschüsse für Kredite. Sie wurden von der Grunderwerbssteuer befreit, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt und bekamen „Frachthilfen“ – Zuschüsse für den Transport ihrer Waren.

Das „Zonenrandgebiet“ umfasste bundesweit 30 Städte und Kreise in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern. Im Norden waren das Lübeck und die Kreise Herzogtum Lauenburg, Stormarn, Segeberg und Ostholstein, aber

auch Plön, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg sowie die Städte Kiel und Neumünster. Die Ostseeküste und ihr Hinterland wurden ebenfalls gefördert, denn das Ufer galt als „nasse Grenze“. Die Folge: Zwei Drittel Schleswig-Holsteins waren nun „Zonenrandgebiet“.

1955: Der Landtag ist enttäuscht

Wie reagierte man im Lande auf die neue Förderung? „Wir alle waren wohl sehr enttäuscht“, fasste der SPD-Abgeordnete Hermann Franck im November 1955 die Stimmung im Landtag zusammen. Denn die Hilfe für den Rand ändere nichts daran, „dass unsere Industrie sich mehr und mehr in gewissen Räumen im Westen unseres Bundesgebietes konzentriert“ – ein neidischer Blick auf den Ruhrpott, wo die brummende Industrie die Keimzelle des „Wirtschaftswunders“ bildete. Franck forderte, die Wirtschaftskraft zu „dezentralisieren“. Und „dabei bietet sich das Land an, das genügend Räume, Verkehrsmöglichkeiten und – was sehr wichtig ist – Arbeitskräfte hat. Und das ist Schleswig-Holstein.“

Francks Mahnungen waren begründet. Denn trotz der Finanzspritzen hinkte die Wirtschaft im „Zonenrandgebiet“ dem Bundestrend jahrzehntelang hinterher. Die Arbeitslosigkeit war dort stets höher, und viele Menschen wanderten ab. Eine staatlich gelenkte „Dezentralisierung“ passte jedoch nicht in die von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) ausgerufenen Soziale Marktwirtschaft.



Ein Schild, ein Pfahl, ein Zaun – und ansonsten nicht viel. Die Regionen an der etwa 1.400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze waren lange auf Unterstützung angewiesen.



1955: Otto Eisenmann (SHB) setzte sich für die Westküste ein.

Ein weiteres Problem sprach Herbert Beer von der Vertriebenenpartei BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) an. Auf viele Fördertöpfe konnten nur Betriebe zugreifen, die bereits vor 1939 im Lande ansässig waren. Ost-Flüchtlinge, die ein neues Gewerbe gestartet hatten, gingen oft leer aus. „Wo ist denn da die Logik?“, fragte Beer. „Wir haben in Schleswig-Holstein eine Watte- und Verbandzeugindustrie und eine Wachswarenindustrie, die überwiegend aus heimatvertriebenen Betrieben besteht. Diese Industrien werden nicht gefördert.“

Die Bevorzugung des Ostseeraums stieß zudem an der Westküste auf Widerstand. Es sei „eine Grotteske, das Land Schleswig-Holstein in östliche und westliche Kreise, die in der Wirtschaftsförderung verschieden behandelt werden, zu trennen“, schimpfte Otto Eisenmann vom Schleswig-Holstein-Block (SHB). Die Regionalpartei war vor allem an der Nordsee verankert. „Wir alle, ob wir nun an der Westküste oder an der Ostküste, auf dem Mittelrücken oder oben an der Grenze wohnen, sind gleich weit entfernt von den Kerngebieten der Wirtschaft Westdeutschlands“, stellte Eisenmann fest, der später zur FDP wechselte, im Bundestag saß und schleswig-holsteinischer Sozialminister wurde.

1978: Murren an der Westküste

Das Ost-West-Gefälle war auch 23 Jahre später immer noch Anlass für Ärger an der Nordsee und führte im Oktober 1978 zu Verstimmungen innerhalb der allein regierenden CDU. Der Husumer

Christdemokrat Hans Ingwersen prangerte im Landtag die „Vorteile der Zonenrandförderung“ für den Osten an. Er verwies auf den Fall, dass „in List auf Sylt die Bundesvermögensverwaltung einen Auftrag über 150.000 DM an eine Eckernförder Firma vergeben muss, obwohl eine heimische Lister Firma das billigste Angebot bringt“. Sein Parteifreund Roger Asmussen aus Heide hob ebenfalls hervor, dass die Westküste „auch gern Teil des Zonenrandgebiets“ wäre. Es sei aber offensichtlich, „dass dieser Wunsch politisch nicht durchsetzbar ist“.



1978: Auch Roger Asmussen (CDU) beklagte die Unterschiede innerhalb Schleswig-Holsteins.

CDU-Wirtschaftsminister Jürgen Westphal, der aus Hamburg stammt und den Wahlkreis Pinneberg vertrat, monierte hingegen den „häufig anzutreffenden Irrtum“, dass „die politisch bedingte und vom Bund und allen Ländern gemeinsam getragene Sonderpräferenz für das Zonenrandgebiet“ die Förderung der Westküstenwirtschaft beeinträchtigt. Er gestand allerdings ein, es sei „nicht in allen Fällen hundertprozentig durchführbar“, die Unterschiede innerhalb des Landes auszugleichen.

1991: Verzicht fällt schwer

Welche Bedeutung die Förderung hatte, wurde in dem Moment deutlich, als sie wegfiel – nach der deutschen Einheit. Kurz nach dem 3. Oktober 1990 gab die Bundesregierung das Ziel aus, die Unterstützung für den jetzt ehemaligen „Zonenrand“ im Jahr 1994 auslaufen zu lassen. „Rückschläge auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft sind nicht ganz auszuschließen“, mahnte Finanzministerin Heide Simonis (SPD) in einer Landtagsdebatte im Januar 1991. Sie

verwies darauf, dass die heimischen Betriebe durch die Abschreibungsmöglichkeiten des „Zonenrand“-Gesetzes jährlich eine Milliarde DM eingespart hätten. „Dies löst ein Investitionsvolumen von zwei Milliarden DM aus“, so Simonis.

„Auch wir sind bereit, zu verzichten, um den Aufbau in den neuen Bundesländern zu ermöglichen“, erklärte Karl Eduard Claussen (CDU). Für Schleswig-Holstein gelte nun: „Wir werden weniger Geld haben, darauf müssen wir uns einstellen.“



1991: Finanzministerin Heide Simonis (SPD) warnte vor Rückschlägen nach dem Wegfall der „Zonenrandförderung“.

Ob das mehr als 40 Jahre andauernde Hilfsprogramm ein Erfolg war, bleibt umstritten. Einige ehemalige Grenzregionen, etwa im Harz oder in Oberfranken, sind weder vor noch nach der Wiedervereinigung langfristig auf die Beine gekommen. Der Vereinigungsboom unmittelbar nach der Wende ebte schnell wieder ab. Arbeitslosigkeit und Abwanderung prägten auch nach der Jahrtausendwende das Bild in Osterode, Goslar oder im nordbayrischen Hof. Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln aus dem August dieses Jahres rechnet auch den Kreis Ostholstein zu den Problemregionen.

Demgegenüber, so der Diplom-Geograf Thorsten Erdmann, gebe es im einstigen „Zonenrand“ auch „vereinzelte Kreise mit überdurchschnittlicher Dynamik“, und zwar „hauptsächlich im Umfeld westdeutscher Wirtschaftszentren wie Hamburg“. Dazu zählen Lübeck und das Herzogtum Lauenburg. Dort wurden die traditionellen Kontakte in den Osten wiederbelebt, und die Metropole an der Elbe strahlt auf das Umland aus.

Karsten Blaas

Altenparlament: Einsamkeit als politische Herausforderung

Die Menschen werden immer älter, und viele ältere Menschen fürchten sich davor, am Lebensabend zu vereinsamen – egal, ob sie in der Stadt oder auf dem Dorf leben. „Strategien gegen Einsamkeit im Alter“ hieß deswegen das Motto des diesjährigen Altenparlaments, das Mitte September einen umfangreichen Forderungskatalog an die Landespolitik formuliert hat.



So rufen die 84 Senioren dazu auf, beim Wohnungsbau die Interessen älterer Menschen stärker in den Blick zu nehmen. Neubauten sollen nicht nur barrierefrei sein, sondern sich auch für generationenübergreifende Wohngemeinschaften eignen. Ärzte, Läden sowie Bus und Bahn sollen zu Fuß erreichbar sein. Die Vertreter von Sozialverbänden, Seniorenräten, Gewerkschaften und Parteien fordern die Landesregierung auf, nach britischem Muster einen „Beauftragten gegen Einsamkeit“ zu berufen. Nach dem Vorbild der früheren Gemeindefrauen sollen „Quartiersbetreuer“ ältere Menschen regelmäßig besuchen und sie im Dickicht der Hilfsangebote beraten. Wer nicht einsam sein will, muss mobil sein können. Die Altenparlamentarier fordern deswegen landesweit barrierefreie Bahnsteige und Bushaltestellen. Und auch das Altwerden in der Familie soll stärker gefördert werden. Wer Angehörige zu Hause pflegt, soll einen staatlichen Zuschuss erhalten.

Es war bereits die 31. Auflage dieser Veranstaltung. Die insgesamt 40 Beschlüsse gehen nun an die Fraktionen des Landtages, die Landesregierung sowie die schleswig-holsteinischen Abgeordneten in Bundestag und Europaparlament. Deren Stellungnahmen bilden dann die Grundlage einer Abschlussdebatte, die für den kommenden März geplant ist. Landtagspräsident Klaus Schlie betonte zum Auftakt die Bedeutung des Altenparlaments für die Landespolitik: „Wir freuen uns sehr, dass Sie wieder die Themen behandeln, die Senioren beschäftigen, damit wir diese Dinge in den Fokus nehmen können.“

Henning Scherf wirbt für Wohngemeinschaften

Gemeinsames Wohnen ist nach Überzeugung des ehemaligen Bremer Bürgermeisters Henning Scherf das beste Mittel gegen Einsamkeit im Alter. „Mit Freunden zusammen alt zu werden ist wunderbar“, sagte der SPD-Politiker in seinem Gastreferat zum Auftakt des Altenparlaments. Scherf, Verwaltungschef der Hansestadt von 1995 bis 2005, lebt seit 30 Jahren mit seiner Frau in einem Mehrgenerationenhaus. Zurzeit wohnen dort zehn Menschen, vom Kleinkind bis zum Rentner, berichtete der 80-Jährige. Es werde gemeinsam gekocht, der Garten gepflegt und Urlaub gemacht. Und auch Pflege und Sterbebegleitung werde gemeinschaftlich organisiert. „Die meisten Alten wollen da alt werden, wo sie zu Hause sind, wo sie eine Person sind und kein Gegenstand“, so der Sozialdemokrat. Die gesellschaftliche Entwicklung gehe zurzeit aber

„leider in die verkehrte Richtung“, klagte der ehemalige Sozialsenator. Das Land werde „mit geschlossenen Alteneinrichtungen zugestampft“, die den Betreibern Milliardengewinne einbrächten, in denen viele Bewohner aber unglücklich seien.

Sein WG-Haus in Bremen sieht Scherf als Gegenentwurf und empfiehlt, diesem Weg zu folgen – insbesondere auf dem Lande. In vielen Dörfern gebe es stillgelegte Gasthäuser, Schulen oder Werkstätten, die sich in ein gemeinsames Wohnprojekt umbauen lassen. Daraus entstehe sogar ein Mehrwert für die gesamte Gemeinde: „Man kann mit uns Alten zusammen Dörfer reaktivieren.“ An die Kommunalpolitiker vor Ort appellierte er, solche Modelle zu fördern. Allerdings: Die Kommunen bräuchten dafür auch mehr Geld von Land und Bund. Der



Henning Scherf beantwortete zahlreiche Fragen der Altenparlamentarier und suchte dabei den direkten Kontakt zu seinen Gesprächspartnern.

Gewinn an Lebensqualität sei enorm, verwies Scherf auf Erfahrungen aus den USA: „Wer in solchen Projekten wohnt, der lebt zehn Jahre länger.“

Bildungsausschuss: Debatte über Nikab und Freiheitsrechte

Die Diskussion um das Verbot von Gesichtsschleiern an der Uni Kiel wird seit Monaten kontrovers geführt. Die Christian-Albrechts-Universität hatte im Januar einer muslimischen Studentin eine Vollverschleierung in Lehrveranstaltungen verboten. Im Hörsaal müssten Mimik und Gestik des Gegenübers zu erkennen sein, so das Präsidium der CAU. Auf dem Campus dürfen Kleidungsstücke wie Burka oder Nikab jedoch getragen werden.

Die Uni-Leitung fordert zudem ein gesetzliches Schleierverbot an Schulen und Hochschulen. Aus Teilen der Politik kommt Unterstützung. CDU und FDP bekundeten Sympathie, die AfD legte im Februar einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Die muslimische Studentin, Katharina K., sieht sich hingegen diskriminiert und verweist auf die grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit. Sie erhält ebenfalls öffentliche Rückendeckung, etwa von den mitregierenden Grünen. SPD und SSW mahnten in der Plenardebatte im März zur Gelassenheit.

Mehr als 50 Fachleute und Betroffene haben nun dem Bildungsausschuss ihre Stellungnahmen zum Schleier-Streit vorgelegt. Es war eine der umfangreichsten Anhörungen in der Geschichte des Landtages. Eine ausführliche mündliche Anhörung ist für den 5. Dezember geplant.

„Schleier bedeutet Zwang“

Neben der Glaubensfreiheit habe auch die Freiheit von Wissenschaft und Lehre Verfassungsrang, betont

CAU-Vizepräsidentin Prof. Anja Pistor-Hatam. Damit eine Hochschule ihren Aufgaben nachkommen könne, sei ein „offene Kommunikation“ erforderlich.

Mit Gesichtsschleier sei „ein freies, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben nicht möglich“, unterstreicht die Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“. Der Schleier verletze die Menschenwürde und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit – egal ob er aus äußerem oder „innerem Zwang“ getragen werde. „Terre des Femmes“ will den Schleier aus dem gesamten öffentlichen Raum verbannen und nennt Bayern als Beispiel, wo Burka und Nikab nicht nur an Hochschulen, sondern auch im öffentlichen Dienst, in Kindergärten und in Wahllokalen verboten sind.

Eine ähnliche Position vertritt die alevitische Gemeinde Kiel. Der Gesichtsschleier stehe für ein „frauenfeindliches Weltbild“. Er mache Schülerinnen und Studentinnen „gesichtslos“.

„Angriff auf die Freiheit“

Die Studentin Katharina K. verurteilt das Verbot dagegen als „zunehmende bewusste Dämonisierung des Islams und der Muslime“. Es bezwecke nichts Anderes, „als dass gläubige Muslimas, die der islamrechtlich legitimen und gültigen Auffassung folgen, dass das Gesicht zu bedecken ist, verwehrt wird, eine höhere akademische Bildung wahrzunehmen“. Sie kündigt in ihrem Schreiben vom Juni an, auch weiterhin mit Gesichtsschleier an Vorlesungen teilzunehmen.

Der Zentralrat der Muslime spricht von einem „Angriff gegen die Frau“. Frauen, „die für sich den Gesichtsschleier als religiös verbindlich ansehen“, würden von Bildung ferngehalten. Die Konsequenz sei, dass diese Frauen „in eine Isolation gebracht würden, die sich nicht selten auf den familiären Kreis beschränkt“.

Die Islamische Religionsgemeinschaft Schura pocht auf das Neutralitätsgebot des Staates. Es sei dem Staat untersagt, „einzelne religiöse und weltanschauliche Überzeugungen zu verbieten, zu bekämpfen oder auch nur abzulehnen“. Dem Staat sei es auch „verwehrt, bestimmte Bekenntnisse zu privilegieren oder den Glauben oder Unglauben seiner Bürger zu bewerten“.

Auch aus der schleswig-holsteinischen Universitätslandschaft kommt Skepsis. Die Uni Lübeck sieht derzeit keine ausreichenden Gründe für ein „pauschales Verbot“. Die Diversitätsbeauftragte der CAU, Eddi Steinfeldt-Mehrtens, weist das Argument der „offenen Kommunikation“ zurück: „Lehrende beurteilen generell nicht die Mimik oder Gestik von Studierenden, sondern deren Leistungen.“ Und diese würden bereits jetzt teilweise verhüllt erbracht, etwa im Labor oder im Praxisteil von Medizin und Zahnmedizin.



Umstrittenes Kleidungsstück: der Nikab

Petitionsausschuss: Sprechstunden gegen „Berührungängste“

Der Petitionsausschuss lässt ein altes Format wiederaufleben und will mit Bürgern vor Ort ins Gespräch kommen. Start einer neuen Reihe von offenen Bürgersprechstunden war Mitte September in Eutin. Meldorf und Husum sind weitere Stationen.

Die Abgeordneten **Jörg Hansen (FDP)**, **Volker Nielsen (CDU)** und **Andreas Tietze (Grüne)** sind die ersten, die das neue Angebot für den Ausschuss begleiten. Mit ihnen und dem Vorsitzenden, dem **CDU-Abgeordnete Hauke Göttsch**, traf sich die Redaktion zum Gespräch.

Was macht der Petitionsausschuss genau?

Hauke Göttsch: „Beim Petitionsausschuss kommen Fragen und Anregungen der Bürger im parlamentarischen Raum an. Wer sich in Schleswig-Holstein durch staatliche Stellen ungerecht behandelt fühlt, kann eine Petition an den Ausschuss richten. In diesem Jahr haben den Ausschuss bereits über 300 Petitionen erreicht. Wir prüfen die eingegangenen Dokumente, beraten darüber und können oft ein positives Ergebnis für den Petenten erzielen. Manchmal müssen nur Kleinigkeiten ausgemerzt werden, damit die Anliegen der Bürger Gehör finden.“

Was ist das Ziel der Sprechstunden vor Ort?

Hauke Göttsch: „Wir wollen uns breit aufstellen und jeden Winkel von Schleswig-

Holstein abdecken. Hauptziel ist es, dass Bürger auf uns aufmerksam werden. Wir wollen verdeutlichen, dass sie nur bei uns mit Abgeordneten in Kontakt treten und dass ihre Anliegen nur so ins parlamentarische System gelangen. Dabei sollen Berührungängste abgebaut werden, indem wir gezielt auf die Bürger zugehen. Die Reaktion auf vergangene Sprechstunden war sehr gut.“

An wen richten sich die Bürgersprechstunden?

Volker Nielsen: „Wirklich jeder kann die Bürgersprechstunde aufsuchen. Mein Berichtsraum ist Dithmarschen/Steinburg. Wenn ich am 22. November mit der Bürgersprechstunde im Café ‚Neue Holländerei‘ in Meldorf vor Ort bin, gehe ich davon aus, dass überwiegend Dithmarscher vorbeischauchen werden.“

Werden vor Ort Unterlagen benötigt?

Andreas Tietze: „In der Regel haben Bürger die Dokumente dabei, die sie für relevant halten. Was für uns zählt, ist es, ein offenes Ohr für die Anliegen der Petenten zu haben. Wir sind nicht allwissend, wir sind keine Juristen. Wir hören uns die Anliegen an, wie sie vorgetragen werden. Wir bestätigen, begleiten und ermuntern die Petenten und fungieren als eine Art ‚Durchlauferhitzer‘, indem wir Probleme aufnehmen und sie an fachkundige Juristen oder auch an die Behörden und Ministerien weitergeben.“

Welche Themen beschäftigen den Petitionsausschuss am meisten?

Jörg Hansen: „Diese Frage lässt sich schwer beantworten, da sich nicht alle Themen bündeln lassen. Was sich zusammenfassen lässt und häufig vorkommt, sind Vorschläge zu Gesetzesänderungen und Anliegen aus dem Bereich Strafvollzug.“

Andreas Tietze: „Ein konkretes Beispiel lässt sich zum Stichwort Individualität angeben: Wenn Häftlinge ihre eigene, private Kleidung tragen wollen, kann es sein, dass sie an der Wäscherei der Anstalt scheitern, die nicht darauf eingestellt ist, private Kleidung zu waschen oder zu sortieren. Dies empfinden einige Insassen als ungerecht.“

Gab es Petitionen, die Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben sind?

Hauke Göttsch: „Gerade im ländlichen Raum kommt es dazu, dass sich Bürger abgehängt fühlen, weil sie an der Verwaltung abgeprallt sind. Wenn man sie jedoch vor Ort besucht, können Dinge plötzlich leicht geregelt werden und Missverständnisse beseitigt werden. Da fungieren wir als Bindeglied zwischen Bürger und Behörde. Jüngster Erfolg: die Beseitigung einer Gefahrenstelle auf einem Radweg im Kreis Pinneberg.“

Interview: Rebecca Hollmann



Mit dem Petitionsausschuss im Lande unterwegs: die Abgeordneten Volker Nielsen, Andreas Tietze, Hauke Göttsch und Jörg Hansen

Die nächsten Termine für offene Bürgersprechstunden, jeweils um 16 Uhr:

Freitag, 22. November, in Meldorf,
Neue Holländerei, Jungfernstieg 4

Montag, 20. Januar 2020, in Husum,
Kreishaus, Marktstraße 6

Es wird gebeten, sich unter der Rufnummer 0431/988-1018 oder per E-Mail an petitionsausschuss@landtag.ltsh.de anzumelden. Weitere Informationen unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Petitionen“.

Wirtschaft: Kontakte knüpfen im Silicon Valley

Der Wirtschaftsausschuss ist Anfang September von einer einwöchigen Informationsreise aus San Francisco zurückgekehrt. Aus den USA brachten die Delegationsmitglieder konkrete Pläne für Kooperationen in den Bereichen Start-Up, Wissenschaft und Technik mit.

Gemeinsam mit den Wirtschaftsexperten des Landtages waren Vertreter von Firmen, Verbänden und Wissenschaft in die USA gereist. Der Leiter der Delegation und Ausschussvorsitzende Andreas Tietze (Grüne) zeigte sich mit den Ergebnissen sehr zufrieden: „Wir waren im besten Sinne Botschafter für unser Bundesland und haben zahlreiche Kontakte knüpfen können.“

Ein Schwerpunkt der Reise nach Kalifornien: die in San Francisco und im Silicon Valley herrschende spezielle Atmosphäre, die es besonders Start-Ups ermöglicht, neue Ideen und Innovationen zur Marktreife zu bringen. Die Delegation informierte sich bei „German Accelerator“ und „Plug and Play“, mit dem Schleswig-Holstein in diesem Jahr eine Kooperation eingegangen ist, über deren Arbeit. Außerdem nahm sie an einem „Pitch Event“ teil, bei dem junge Unternehmen aus Deutschland potenziellen Investoren im Valley ihre Ideen vorstellten.

Im Fokus standen außerdem die Bereiche Verkehr und erneuerbare Energien. Zu diesen Themen informierten sich die Delegationsmitglieder in Gesprächen mit Vertretern des Hafens von San Francisco, mit „Golden Gate Zero Emission Marine“, die eine brennstoffzellenbetriebene und daher emissionsfreie Fähre entwickeln,

und mit „Opus 12“, einem Start-Up, dessen Ziel die Gewinnung von Rohstoffen aus CO₂ ist. Mit „Opus 12“ wird zukünftig eine Kooperation im Rahmen des Projektes „Reallabor Westküste 100“ angestrebt. Eine weitere Partnerschaft wurde zwischen dem „GreenTEC-Campus“ in Enge-Sande (Kreis Nordfriesland) und der „International Alliance for Mobility Testing and Standardization (IAMTS)“ vereinbart. Damit wird Schleswig-Holstein zu einem Stützpunkt im internationalen Netzwerk von Testgeländen für die elektrische und autonome Mobilität.

„Gerade im Hinblick auf die neu entstandene Partnerschaft der Regionen am Wasser, aber auch vor dem Hintergrund der 70-jährigen deutsch-amerikanischen Beziehungen, deren Bedeutung gerade in politisch herausfordernden Zeiten nicht zu unterschätzen ist, ist es unerlässlich, sich vor Ort zu informieren und durch den Aufbau persönlicher Beziehungen die Zusammenarbeit und die Völkerverständigung zu fördern“, betont der Ausschussvorsitzende Tietze. San Francisco ist seit zwei Jahren Partnerstadt von Kiel und für Schleswig-Holstein und Norddeutschland ein wichtiger Kontakt – das zeigt sich auch am neueingerichteten „Northern Germany Innovation Office“, das Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen in der Bay Area vertritt.



Der Wirtschaftsausschuss mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft in San Francisco

Bildung: Schleswig-Holstein und Kanada wollen voneinander lernen

Eine Woche haben die Bildungsexperten des Landtages Mitte September im kanadischen Toronto verbracht, um sich über das dortige Schulsystem zu informieren. Das Bildungssystem Kanadas schneidet im PISA-Vergleich besser ab als das deutsche. Der Ausschuss absolvierte ein vielfältiges, umfangreiches Programm.

Der Ausschussvorsitzende Peer Knöfler (CDU) zieht eine positive Bilanz: „Die Reise hat sich gelohnt. Wir haben zahlreiche Bildungseinrichtungen besucht und viele

Anregungen mitgenommen. Von Grundschulen über Ministerien bis zu Universitäten, die Lehrkräfte ausbilden, war alles dabei.“ Auch bei der Inklusion könne Schleswig-Holstein von Kanada lernen: „Inklusion wird als die Einbeziehung aller Schülerinnen und Schüler, egal welcher Herkunft oder welchen Leistungsstandes, gesehen“, so Knöfler. In den ersten acht Schuljahren lernen dort alle Kinder zusammen.

Umgekehrt waren die Kanadier auch an den Erfahrungen der Schleswig-Holsteiner

interessiert. Beim Gespräch mit dem Bildungsminister und dem Wissenschaftsminister der Provinz Ontario sei das deutsche Ausbildungssystem das „Topthema“ gewesen, berichtet Knöfler. Die Gewinnung von Fachkräften sei auch in Kanada eine Herausforderung. So hätten die Gesprächspartner viele Fragen zur dualen Ausbildung und zum dualen Studium in Deutschland gehabt. „Wir haben sie eingeladen, sich bei uns im Land über das vielfältige Ausbildungssystem zu informieren“, so Knöfler.



Kutter im Hafen von Büsum



Abendstimmung in Lübeck

SCHLESWIG-HOLSTEIN – LAND AM WASSER

Sitzungskalender des Landtages für 2020

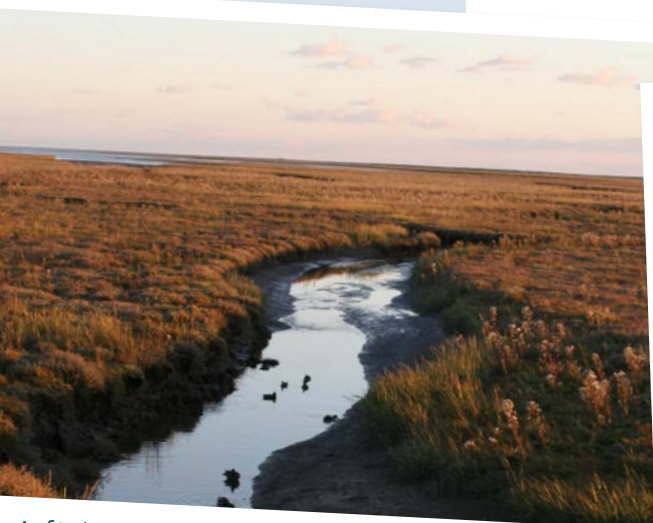


Blick von der Prinzeninsel aufs Plöner Schloss

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Mi Neujahr	1 Sa	1 So	1 Mi	1 Fr Tag der Arbeit	1 Mo Pfingsten
2 Do	2 So	2 Mo	2 Do	2 Sa	2 Di
3 Fr	3 Mo	3 Di	3 Fr	3 So	3 Mi
4 Sa	4 Di	4 Mi	4 Sa	4 Mo	4 Do
5 So	5 Mi	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr
6 Mo Hl. 3 Könige	6 Do	6 Fr	6 Mo	6 Mi	6 Sa
7 Di	7 Fr	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So
8 Mi	8 Sa	8 So Int. Tag der Frau	8 Mi	8 Fr	8 Mo
9 Do	9 So	9 Mo	9 Do	9 Sa Europatag	9 Di
10 Fr	10 Mo	10 Di	10 Fr Karfreitag	10 So	10 Mi
11 Sa	11 Di	11 Mi	11 Sa	11 Mo	11 Do
12 So	12 Mi	12 Do	12 So Ostern	12 Di	12 Fr
13 Mo	13 Do	13 Fr	13 Mo Ostern	13 Mi	13 Sa
14 Di	14 Fr	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So
15 Mi	15 Sa	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo
16 Do	16 So	16 Mo	16 Do	16 Sa	16 Di
17 Fr	17 Mo	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi
18 Sa	18 Di	18 Mi	18 Sa	18 Mo	18 Do
19 So	19 Mi	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr
20 Mo	20 Do	20 Fr	20 Mo	20 Mi	20 Sa
21 Di	21 Fr	21 Sa	21 Di	21 Do Chr. Himmelfahrt	21 So
22 Mi	22 Sa	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo
23 Do	23 So	23 Mo	23 Do	23 Sa Tag d. Grundgesetzes	23 Di
24 Fr	24 Mo	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi
25 Sa	25 Di	25 Mi	25 Sa	25 Mo	25 Do
26 So	26 Mi	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr
27 Mo Holocaust-Gedenktag	27 Do	27 Fr	27 Mo	27 Mi	27 Sa
28 Di	28 Fr	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So
29 Mi	29 Sa	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo
30 Do		30 Mo	30 Do	30 Sa	30 Di
31 Fr		31 Di		31 So Pfingsten	

Legende:

- Plenum
- Ältestenrat
- Schulferien/Sitzungsfreie Zeit
- Bundesrat

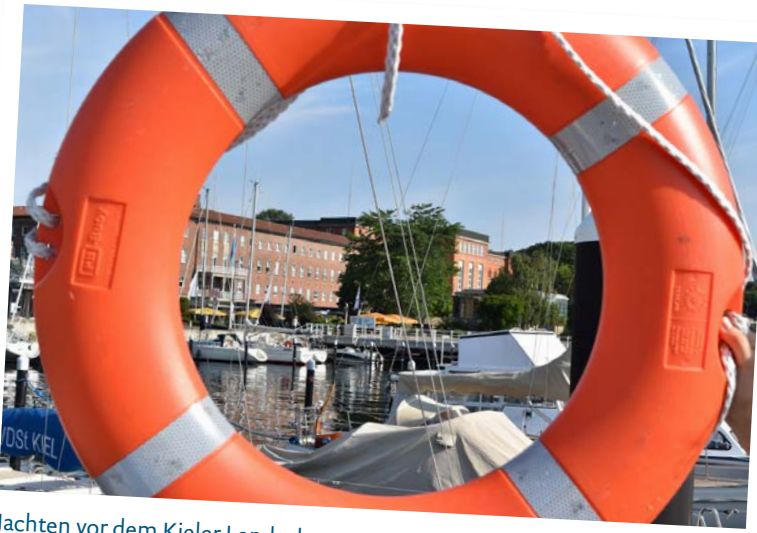


Auf Eiderstedt



Spiegelglattes Wasser in Glückstadt





Jachten vor dem Kieler Landeshaus



Wolkenspiele über der Elbe bei Lauenburg

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Mi	1 Sa	1 Di	1 Do	1 So	1 Di
2 Do	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo	2 Mi
3 Fr	3 Mo	3 Do	3 Sa Tag d. dt. Einheit	3 Di	3 Do
4 Sa	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr
5 So	5 Mi	5 Sa	5 Mo	5 Do	5 Sa
6 Mo	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So 2. Advent
7 Di	7 Fr	7 Mo	7 Mi	7 Sa	7 Mo
8 Mi	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Di
9 Do	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo	9 Mi
10 Fr	10 Mo	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Do
11 Sa	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Fr
12 So	12 Mi	12 Sa	12 Mo	12 Do	12 Sa
13 Mo	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So 3. Advent
14 Di	14 Fr	14 Mo	14 Mi	14 Sa	14 Mo
15 Mi	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So Volkstrauertag	15 Di
16 Do	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo	16 Mi
17 Fr	17 Mo	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do
18 Sa	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Fr
19 So	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Do	19 Sa
20 Mo	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 So 4. Advent
21 Di	21 Fr	21 Mo	21 Mi	21 Sa	21 Mo
22 Mi	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So Totensonntag	22 Di
23 Do	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo	23 Mi
24 Fr	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do Heiliger Abend
25 Sa	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr 1. Weihnachtstag
26 So	26 Mi	26 Sa	26 Mo	26 Do	26 Sa 2. Weihnachtstag
27 Mo	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So
28 Di	28 Fr	28 Mo	28 Mi	28 Sa	28 Mo
29 Mi	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So 1. Advent	29 Di
30 Do	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo	30 Mi
31 Fr	31 Mo		31 Sa Reformationstag		31 Do Silvester



Der Flensburger Hafen



Blick übers Eis auf Eckernförde-Borby



Austernfischer am Strand von Amrum



Unter der Fehmarnsundbrücke

Unterricht in Herkunftssprachen: Land will „Konsulatslehrer“ abschaffen

Schüler mit türkischen, spanischen oder kroatischen Wurzeln können auch in Schleswig-Holstein Unterricht in der Herkunftssprache ihrer Eltern bekommen. Dies übernehmen sogenannte Konsulatslehrkräfte. Sie werden von den Konsulaten der jeweiligen Staaten entsandt und sind somit keine Beamten oder Angestellten des Landes. Die Regelung basiert auf einer europäischen Richtlinie aus dem Jahr 1977. Landtag und Landesregierung halten dieses System inzwischen aber für veraltet und streben eine stärkere staatliche Kontrolle des Unterrichts an. Das wurde in der August-Sitzung deutlich.

Die Fähigkeit, neben Deutsch auch die Sprache des Herkunftslandes zu beherrschen, sei „ein Gewinn für unsere Gesellschaft“, betonte **Tobias von der Heide (CDU)**. Der herkunftssprachliche Unterricht müsse aber „unter staatlicher Aufsicht“ ablaufen. Das Problem: Dafür werden „noch für eine lange Zeit“ die Lehrer fehlen. Es gebe im Lande derzeit „nicht eine einzige Lehrkraft mit der Fakultas Türkisch“, ergänzte Bildungsministerin **Karin Prien (CDU)**. Bis entsprechende Studiengänge bestünden, wolle ihr Ministerium einen genauen Blick auf die Konsulatslehrer werfen: „Wir schauen uns die Übersetzungen der türkischen Lehrpläne, die uns zur Verfügung gestellt

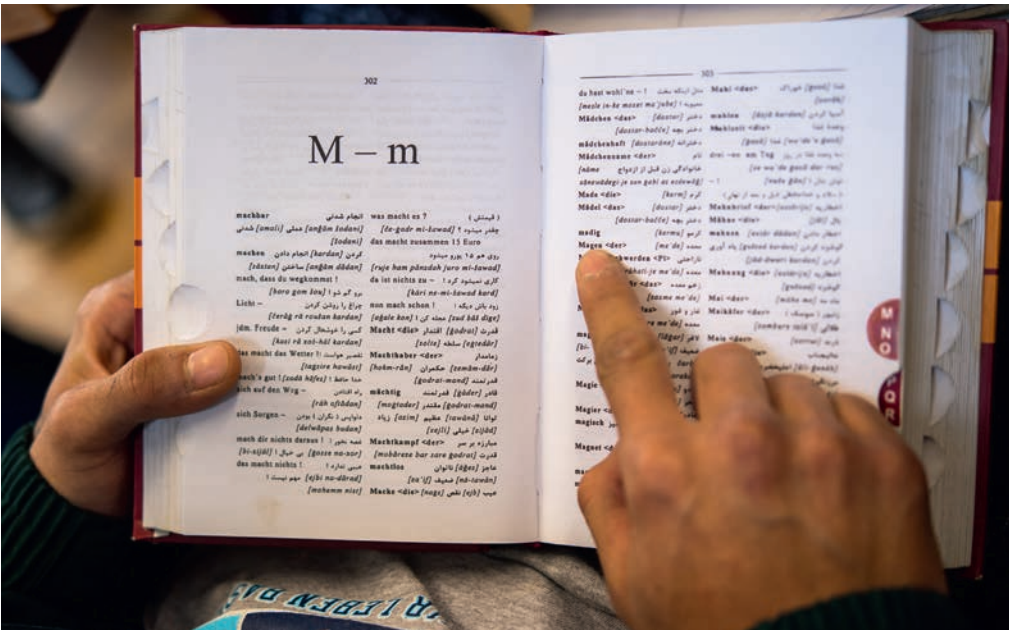
wurden, an“, so Prien. Zudem besuchen Ministeriumsmitarbeiter den Konsulatsunterricht.

Martin Habersaat (SPD) wies auf „mitunter gewöhnungsbedürftige Inhalte“ des derzeitigen Türkisch-Unterrichts hin. Dort habe sich die „politische Eiszeit in Ankara“ ausgewirkt. Um diesen Zustand zu überwinden, seien Lehrer nötig, die „nicht im Zwispalt doppelter Loyalitäten stehen“, so Habersaat. Das Land dürfe es nicht der türkisch-islamischen Religionsbehörde DITIB „überlassen, wie die Bildung unserer Kinder aussieht“, mahnte auch **Anita Klahn (FDP)**: „Dass wir zurzeit nicht wissen, wel-

che Lehrkräfte an welchen Einrichtungen welche Inhalte vermitteln, ist ein blinder Fleck in unserem Bildungssystem.“

Grundsätzlich sei es aber ein großer Vorteil, neben Deutsch auch die Herkunftssprache der Eltern zu sprechen, merkte **Ines Strehlau (Grüne)** an: „Herkunftssprachlicher Unterricht leistet einen wichtigen Beitrag zu einer weltoffenen Erziehung und zu interkulturell kompetenten Bürgerinnen und Bürgern.“ **Jette Waldinger-Thiering (SSW)** verwies auf Finnland, wo 50 Sprachen an den Schulen unterrichtet würden. In NRW seien es immerhin 18. Wie es in Schleswig-Holstein genau aussieht, soll nun ein Regierungsbericht darlegen, der Anfang nächsten Jahres vorliegen soll. Ende 2017 gab es im Lande nach Angaben des Bildungsministeriums 31 Konsulatslehrkräfte. Davon wurden 25 vom türkischen Generalkonsulat in Hamburg entsandt. Weitere Länder waren Tunesien, Kroatien, Spanien und Portugal. 1.160 Schüler nahmen an diesem außerschulischen Angebot teil.

Für **Frank Brodehl (AfD)** ist es hingegen keine „Aufgabe des Landes, Schulunterricht in der Sprache der Herkunftsländer von Menschen mit Migrationshintergrund inklusive Landeskunde anzubieten“. Sprachunterricht müsse sich auf die Weltsprachen Englisch, Französisch und Spanisch, auf die Nachbarsprache Dänisch sowie auf Latein und Altgriechisch konzentrieren.



Minderheiten-Artikel im Grundgesetz?

Der Landtag hat einem Vorstoß von SSW und SPD, den Schutz der Dänen, Friesen, Sorben sowie der Sinti und Roma im Grundgesetz zu verankern, im August mit breiter Mehrheit zugestimmt. Das Anliegen ist bereits in der Umsetzung. Mitte August gab Ministerpräsident Daniel Günther bekannt, dass er sich mit Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (beide CDU) darauf verständigt habe, einen gemeinsamen Entschließungsantrag in den Bundesrat einzubringen. Folgende Klausel soll Eingang in Artikel 3 des Grundgesetzes finden: „Der Staat achtet die

Identität der autochthonen Minderheiten und Volksgruppen, die nach dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats in Deutschland anerkannt sind.“

In der Landesverfassung sind die Dänen, Friesen sowie Sinti und Roma bereits seit Jahren geschützt. Neben Schleswig-Holstein haben auch andere Landesverfassungen, etwa die in Brandenburg und Sachsen, Bestimmungen zugunsten ihrer Minderheiten und Volksgruppen.

Drohungen im Internet: „obskure Listen“ oder reale Gefahr?

Im Landtag herrscht Uneinigkeit über den Umgang mit sogenannten Feindeslisten, die in rechtsextremen Kreisen kursieren. Auf solchen Listen wurden Informationen über politisch Andersdenkende gesammelt.

Allein der Gruppierung „Nordkreuz“ aus Mecklenburg-Vorpommern wird eine Sammlung von 25.000 Namen zugeschrieben. Bei Razzien gelangte sie in Besitz der Sicherheitsbehörden. **Tobias von Pein**, dessen SPD-Fraktion die Debatte angestoßen hatte, forderte, alle Betroffenen zu benachrichtigen. Wer sich im Fadenkreuz von Rechtsextremisten befinde, müsse das wissen. Innenminister **Hans-Joachim Grote (CDU)** sah das anders: „Wenn wir grundsätzlich jeden



Tobias von Pein (SPD) warnte vor der konkreten Gefahr für Menschen, die ins Visier von Rechtsextremisten geraten: Seit der Wiedervereinigung habe es „mindestens 196 Todesopfer“ gegeben – „bei einer hohen Dunkelziffer“.

Betroffenen anschreiben, könnten die Verfassungsfeinde künftig die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden auf einfachste Art und Weise lahmlegen.“ Rechtsextreme würden dann absichtlich „riesige Datensätze“ ins Internet stellen. Wenn jedoch tatsächliche Anhaltspunkte auf eine Gefährdung bestünden, „wenden wir uns an die Betroffenen, und zwar unmittelbar und direkt“, betonte Grote.

Das reichte von Pein nicht aus. Er verwies auf eine wachsende Gewaltbereitschaft im rechtsextremen Bereich und auf den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni: „Auch er stand auf einer solchen Liste.“ Die Gefahr sei real, und anonyme Drohungen müssten ernst genommen werden. Von Pein verwies auf andere Bundesländer, die Betroffenen per Post informieren und auf das Beispiel Hamburg, wo eine Telefonberatung eingerichtet wurde.

Claus Christian Claussen (CDU) sprang dem Minister bei. Es sei falsch, Menschen automatisch zu unterrichten, „wenn ihr Name sich auf irgendeiner obskuren Liste befindet“. Denn dann würde das Prinzip gelten „Der Rechtsextreme schreibt, und die Polizei stellt zu“. Für **Lars Harms (SSW)** steht es „außer Frage, dass die konkrete Gefährdungseinschätzung bei den Sicherheitsbehörden bleiben muss“.

„Ich bin der Meinung, dass jeder informiert werden sollte“, meinte dagegen **Lasse Petersdotter (Grüne)**. Er stellte fest, dass jeder Mensch das Recht habe, sich an die



Claus Christian Claussen (CDU) bekannte, es habe lange die Vorstellung gefehlt, „dass sich Menschen, die in unserer freiheitlichen Gesellschaft groß geworden sind, so weit von unseren Wert- und Moralvorstellungen entfernen können“.

Polizei zu wenden, „mit der Frage: Stehe ich auf einer Feindesliste?“ **Jan Marcus Rossa (FDP)** blickte auf die zwölf neuen Stellen beim schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz zur Bekämpfung des Extremismus im Internet: „Wir werden die Menschen, die uns bedrohen, enttarnen. Wir werden sie mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgen und zur Verantwortung ziehen.“

Claus Schaffer (AfD) verwies auf Aussagen aus dem Bundeskriminalamt, wonach es „keine Feindes- oder Todeslisten“ gebe. Er warf den anderen Parteien vor, das „massive Linksextremismusproblem“ im Lande zu ignorieren. Der SPD-Antrag und ein Jamaika-Alternativantrag werden nun im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten. Dort wird es eine schriftliche Anhörung geben.

Hetze, Beleidigung, Diffamierung: Alltag für viele Menschen

Viele Menschen, auch Abgeordnete, sind Zielscheibe von Drohungen und Attacken. Tobias von Pein (SPD) berichtete von entsprechenden Briefen, E-Mails und Telefonanrufen mit dem Ziel: „Den Betroffenen soll Angst gemacht werden.“ Eine „Verrohung von Sitten und Sprache, die wir vermutlich vor ein paar Jahren so nicht für möglich gehalten hätten“, hat Claus Christian Claussen (CDU) beobachtet. Lasse Petersdotter (Grüne) beschrieb die Angst, bestimmte Bereiche der Stadt zu betreten: „Es kann nicht sein, dass man sich entscheiden muss, Stück für Stück Freiheiten aufzugeben, auch bezüglich der Frage, wie man sich kleidet und ob man sich demokratisch engagiert“. Claus Schaffer (AfD) prangerte „Outings in der Nachbarschaft, beim Arbeitgeber oder auch in Universitäten“ an. Besonders perfide sei „die Bedrohung von Familienmitgliedern“, so Ralf Stegner (SPD). Sein Appell: „Man darf nie weichen.“

Mahnende Worte zum Tag der Deutschen Einheit

30 Jahre nach dem Wende-Herbst 1989 appelliert der Landtag, die Erinnerung an das DDR-Regime und an die friedliche Revolution wachzuhalten. „Gerade in Lübeck und im Herzogtum Lauenburg haben wir die Folgen der Teilung mit Schießbefehl und Stacheldraht miterlebt“, merkte Tobias Koch (CDU) in der September-Sitzung an.

Konkret soll der 9. November als Tag mit „verschiedenen historischen Ereignissen“ ins Zentrum der politischen Bildung rücken. Das sieht ein Antrag von Jamaika, SPD und SSW vor, der einstimmig beschlossen wurde. Mit dem 9. November verbindet sich nicht nur der Mauerfall 1989, sondern auch die Pogromnacht 1938, der gescheiterte Hitler-Putsch 1923 und die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg 1918. Schulen sollen „Projekttag“ ausrichten und schleswig-holsteinische Schüler in Kontakt mit Gleichaltrigen in Mecklenburg-Vorpommern, mit Zeitzeugen der Wende und mit Politikern bringen.

„Das Andenken an 1989 soll sich dauerhaft im Bewusstsein halten“, so Frank Brodehl. Seine AfD-Fraktion hatte die Debatte angestoßen mit der Forderung, eine zentrale Gedenkveranstaltung am 9. November im Landeshaus abzuhalten. Der AfD-Antrag



Jubelnde Menschen auf der Berliner Mauer am 10. November 1989

stieß bei den anderen Fraktionen jedoch auf Ablehnung. Eka von Kalben (Grüne) warf der AfD vor, die Freiheitsbewegung in der DDR für sich zu „vereinnahmen“.

„Für viele Menschen stellt die Zeit nach 1990 keine Erfolgsgeschichte dar“, gab Ralf Stegner (SPD) zu bedenken und fragte: „Wir haben die politische Einheit, aber wie steht es um die soziale Einheit?“ Christopher Vogt (FDP) rief Ossi und Wessi zur „Diskursfähigkeit“ und zu einem Dialog über unterschiedliche Sichtweisen auf.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) mahnte: „Heute müssen wir besonders darauf achten, dass unser Wir-Gefühl nicht leidet.“ Die Erinnerung an 1989/90 wachzuhalten, sei „keine Sache der Geschichtswissenschaft“, betonte Lars Harms (SSW): „Da sind wir alle gefragt.“ Die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein sah „gesunden Nationalstolz“ in den Protesten gegen das DDR-Regime.

Rauchverbot auf Spielplätzen gefordert



SSW und SPD wollen das Rauchen auf Spielplätzen verbieten. Damit wollen sie Kinder vor den Gefahren des Passivrauchens und dem Gesundheitsrisiko durch achtlos weggeworfene Zigarettensammel schützen. Von CDU und Grünen kam Ende September grundsätzliche Unterstützung. FDP und AfD warfen die Frage auf, wie solch ein Verbot praktisch durchgesetzt werden könnte.

Zwar sollte es für Eltern selbstverständlich sein, nicht vor ihren Kindern zu rauchen, betonte Flemming Meyer (SSW). Doch dies sei

bei vielen offenbar noch nicht angekommen: „Die öffentliche Hand muss eingreifen, wenn Menschen sich selbst nicht wehren können.“ Serpil Midyatli (SPD) blickte auf das Nichtraucherschutzgesetz aus dem Jahr 2008, das für Schulen, Kitas oder Behörden gilt. Die Spielplätze seien damals offenbar vergessen worden. Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) sagte: „Es gibt kein Recht auf die Freiheit, die Gesundheit von Kindern aufs Spiel zu setzen.“ Werner Kalinka (CDU) fragte, ob ein Verbot nicht auch an Schleswig-Holsteins Stränden gelten sollte. Und Marret Bohn, Grünen-Abgeordnete und Fachärztin für Innere Medizin, stellte fest: „Kinderlungen sind besonders gefährdet, weil Kinder schneller atmen und die Gefahrenstoffe nicht so schnell abbauen können.“

„Die offene Frage“, so Dennys Bornhöft (FDP), sei jedoch, ob Raucher ihre Glimm-

stängel in der Schachtel lassen, nur weil ein zusätzliches Verbotsschild dasteht. „Wir haben kein Normendefizit, sondern ein Vollzugsdefizit“, sagte Claus Schaffer (AfD). Städte und Gemeinden könnten diese Frage bereits heute mit eigenen Satzungen regeln. Statt ein Landesgesetz zu beschließen, sei es besser, „vermehrt auf Aufklärung und Einsicht der Eltern zu setzen“, so Schaffer.

Einige Bundesländer wie Brandenburg, Bremen, NRW und das Saarland haben bereits Rauchverbote für ausgewiesene Spielplätze erlassen. SPD und SSW haben zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, die das gleiche Ziel verfolgen. Sie werden nun im Sozialausschuss beraten. Eine Woche vor der Landtagsdebatte hatten sich mehrere Länder im Bundesrat dafür stark gemacht, das Rauchen in Autos zu verbieten, wenn Kinder oder Schwangere mitfahren.

Lebensmittel-Kennzeichnung: Lob und Kritik für „Nutri-Score“

Deutschlands Supermarktkunden werden voraussichtlich ab dem kommenden Jahr mit einer Ampel-Skala darüber informiert, wie gesund ein Lebensmittel ist. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) präsentierte Ende September das Ergebnis einer Verbraucher-Umfrage. Ergebnis: Das System „Nutri-Score“, das bereits in Frankreich, Belgien und Spanien im Einsatz ist, kommt am besten an. Es zieht die Anteile von Fett, Salz und Zucker, aber auch von wertvollen Ballaststoffen und Proteinen in Betracht und teilt Speisen und Getränke in fünf Kategorien ein: vom grünen

„A“ (gesund) bis zum roten „E“ (gesundheitsgefährdend). Der Landtag hatte das Thema einige Tage zuvor debattiert. Nicht alle Redner waren von „Nutri-Score“ angetan. „Es wäre eine Fehlinterpretation, wenn wir wegen einer roten Ampelkennzeichnung auf einen hochwertigen Fruchtsaft verzichten würden“, fasste Anette Röttger (CDU) die Skepsis der Jamaika-Koalition zusammen. Kerstin Metzner (SPD) lobte das System hingegen: „Ohne eine vereinfachte Darstellung kann die Bewertung auf einen Blick nicht gelingen.“ Selbstverständlich könne danach der Blick auch weiterhin auf die Zutaten-

liste gerichtet werden, die die ganze Vielfalt des Lebensmittels und mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit wiedergebe. Flemming Meyer (SSW) forderte angesichts der derzeitigen Unsicherheit „ein verpflichtendes, einfaches System“. Zur Pflicht soll „Nutri-Score“ nach den Plänen von Ministerin Klöckner allerdings nicht werden. Die von ihr angekündigte Verordnung sieht eine freiwillige Teilnahme der Lebensmittelhersteller vor. Die Diskussion im Landtag wird nun in den Ausschüssen für Wirtschaft sowie Umwelt und Agrar fortgesetzt.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Brandschutzgesetz: Wenn ein Mitglied einer freiwilligen Feuerwehr im Einsatz tödlich verunglückt, dann erhält ein nicht verheirateter Partner keinerlei finanzielle Entschädigung, auch nicht, wenn eine eingetragene Lebenspartnerschaft vorliegt. Die Regierungsfaktionen wollen dieser Benachteiligung ein Ende setzen. Ihr Gesetzesentwurf spricht sich dafür aus, mindestens eine einmalige Entschädigungszahlung vorzusehen. Die Anpassung sei notwendig, um die Attraktivität dieses Ehrenamtes zu erhalten, heißt es zur Begründung. Das Geld kommt von dem zuständigen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, der Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord (HFUK Nord). Der Entwurf von CDU, Grünen und FDP wurde im August an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Kinder- und Jugendbeiräte: Wohlwollend hat der Landtag im August auf einen Vorstoß des SSW reagiert, Kinder- und Jugendbeiräten mit einer Änderung im Jugendförderungsgesetz mehr Einfluss zu verschaffen. Der SSW will erreichen, dass die kommunalen Kinder- und Jugendbeiräte ein Mitglied mit beratender Stimme in Kreis- und Landesjugendhilfeaus-

schüsse entsenden dürfen. Für Jette Waldinger-Thiering (SSW) ist klar: Junge Menschen „müssen überall dort mitreden können, wo es um ihre Belange geht“. Dabei sei es wichtig, dass dies „unmittelbar“ und nicht „vertreten durch einen Erwachsenen“ geschehe. Der Gesetzesentwurf wurde an den Sozialausschuss überwiesen.

„Schleswig-Holstein muss sich nicht verstecken“, machte Tobias von der Heide (CDU) deutlich und lobte die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen im Land. Er unterstütze den SSW-Vorstoß grundsätzlich – dennoch stelle sich etwa die Frage, wie in Gemeinden verfahren werden soll, die keine Jugendbeiräte haben. Daran anknüpfend wies Sozialminister Heiner Garg (FDP) darauf hin, dass eine Gesetzesänderung „strukturelle neue Fragen aufwerfen“ könne. So gebe es etwa in Lübeck und Flensburg keine Jugendbeiräte, und eine Gesetzesänderung würde in diesen Städten keine Wirkung erzielen.

Gleichstellungsbeauftragte: Die AfD ist mit ihrer Forderung, die Pflicht zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten in Gemeinden, Ämtern und an Hochschulen abzuschaffen, auf breite Ablehnung

gestoßen. Die Oppositionsfraktion sieht in dieser Pflicht einen „Eingriff in die kommunale Selbstverwaltungshoheit“. Der AfD-Abgeordnete Claus Schaffer sagte: „Die Gemeinden sollen frei über den Bedarf entscheiden. Vor Ort weiß man am besten, welche Maßnahmen geeignet sind.“ Die anfallenden Personalkosten seien „erheblich“ und könnten an anderer Stelle besser eingesetzt werden.

Alle anderen Fraktionen lobten hingegen die Arbeit der rund 75 Gleichstellungsbeauftragten. Katja Rathje-Hoffmann (CDU) kritisierte die Abschaffungsabsichten als „rückständig“: Die AfD stehe für ein „Familienbild aus dem vergangenen Jahrhundert“. Auch bestehe kein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, wie Beate Raudies (SPD) weiter ausführte. Dies sei bereits 1994 vom Bundesverfassungsgericht geklärt worden.

Seit Anfang 2017 müssen Kommunen mit mehr als 15.000 Einwohnern ihre Gleichstellungsbeauftragten in Vollzeit beschäftigen. Das hatte die Vorgängerkoalition aus SPD, Grünen und SSW beschlossen – damals allerdings gegen CDU, FDP und Piraten. Der Gesetzesentwurf wurde an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Arbeit für Menschen mit psychischen Problemen

Die Abgeordneten im Land-Tag haben darüber gesprochen wie sie Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen helfen können. Das bedeutet: Menschen die es schwierig finden mit anderen Menschen klarzukommen. Oder Menschen die sich nicht lange konzentrieren können. Oder Menschen die schnell Angst und Panik fühlen.

Auch diese Menschen sollen einen Arbeitsplatz bekommen wenn sie das wollen. Das sagt Jette Waldinger-Thiering. Sie ist Abgeordnete vom SSW. Denn ein Arbeitsplatz schafft Selbst-Vertrauen. Und er schafft Teil-Habe also den Kontakt zu anderen Menschen.

Jette Waldinger-Thiering meint: Es muss Arbeitsplätze geben mit 15 Stunden Arbeit in der Woche oder sogar weniger. Denn eine Vollzeit-Arbeit mit 40 Stunden ist für viele Menschen eine zu große Belastung.

Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen können zum Beispiel alten Menschen beim Einkaufen helfen, sagt Jette Waldinger-Thiering.

Heiner Garg ist der Sozial-Minister von Schleswig-Holstein. Er gehört zur Partei FDP. Er sagt: Die Idee ist gut. Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sollen nicht nur in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten. Sondern sie sollen auch auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben.

Heiner Garg sagt: Diese Chance kann auch ein Mini-Job sein. Bei einem Mini-Job können die Menschen auch dann einen Arbeitsplatz finden wenn sie nur wenige Stunden arbeiten wollen.

Im Sozial-Ausschuss wollen die Abgeordneten noch einmal darüber sprechen. Sie wollen dazu auch Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen einladen.



Sozial-Minister Heiner Garg von der FDP



Jette Waldinger-Thiering vom SSW



Viele alte Menschen brauchen Hilfe beim Einkaufen. Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen können hier helfen.

Erklärungen:

Land-Tag: Der Land-Tag vertritt die Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein. Der Land-Tag macht Gesetze. 73 Männer und Frauen gehören zum Land-Tag. Sie sind Abgeordnete. Sie werden alle fünf Jahre gewählt.

Minister: Ein Minister ist Chef von vielen Menschen. Diese Menschen arbeiten für uns alle. Zum Beispiel: Der Innen-Minister ist der Chef von allen Polizisten. Die Bildungs-Ministerin ist die Chefin von allen Lehrern.

Klaus Schlie, Landtagspräsident und CDU-Abgeordneter aus Mölln, will bei der nächsten Landtagswahl im Jahr 2022 nicht noch einmal kandidieren. „Dann bin ich 68 und finde, das ist genau das richtige Alter, um aufzuhören“, erklärte Schlie Ende August in einem Interview der „Lübecker Nachrichten“. Er gehört dem Landtag mit einer vierjährigen Unterbrechung seit 1996 an. Seit 2012 ist Schlie Parlamentsoberhaupt, zuvor war er auch Staatssekretär und Innenminister.

Flemming Meyer, SSW-Abgeordneter aus Schafflund (Kreis Schleswig-Flensburg) ist Mitte September erneut zum Vorsitzenden seiner Partei gewählt worden. Beim Landesparteitag in Harsilee bei Flensburg erhielt er 102 Stimmen, es gab eine Enthaltung und eine Gegenstimme. Meyer hatte keinen Gegenkandidaten. Der 67-Jährige übt das Amt seit 14 Jahren aus.

Stefan Weber, SPD-Abgeordneter aus Sievershütten (Kreis Segeberg) ist seit Mitte August Vorsitzender des Finanzausschusses. Er wurde in geheimer Wahl einstimmig gewählt. Mehr zum neuen Vorsitzenden finden

Sie auf Seite 30. Weber ist Nachfolger seines Fraktionskollegen **Thomas Rother**, der vor der Sommerpause im Zuge der Neuwahl des SPD-Fraktionsvorstands den Posten des innenpolitischen Sprechers übernommen hatte.

Bernd Voß, Grünen-Abgeordneter aus Norf in der Wilstermarsch, wird von Anfang 2020 bis Januar 2025 das Land Schleswig-Holstein im europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten. Der Landtag wählte den Diplom-Landwirt im August einstimmig. Seine Stellvertreterin ist Europaministerin **Sabine Sütterlin-Waack** (CDU). Der AdR besteht aus 344 Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Die EU-Kommission muss die Stellungnahme des AdR einholen, wenn ihre Initiativen Einfluss auf die kommunale und regionale Ebene haben.

Daniel Günther, Ministerpräsident und CDU-Abgeordneter, hat Anfang September in Flensburg das Kommandeurskreuz des Dannebrogordens erhalten. Dänemarks Königin Margrethe II. würdigte damit seine Verdienste um die deutsch-dänische Zusammenarbeit. Mehr zum Besuch der dänischen Königin auf Seite 5.

Jette Waldinger-Thiering, SSW-Abgeordnete aus Eckernförde, und **Jörg Hansen**, FDP-Parlamentarier aus Stockelsdorf bei Lübeck, vertreten den Landtag in dieser Wahlperiode als beobachtende Mitglieder im Nordischen Rat. Dem Rat gehören Dänemark, Island, Schweden, Norwegen und Finnland an. Einen Beobachterstatus haben Estland, Lettland, Litauen und seit 2016 auch Schleswig-Holstein. Der Landtag wählte die beiden Ende September.

Doris von Sayn-Wittgenstein, fraktionslose Abgeordnete, wurde bei ihrem Ausschluss aus der AfD-Fraktion im vergangenen Dezember nicht in ihren verfassungsrechtlich gesicherten Abgeordnetenrechten verletzt. Das entschied das Landesverfassungsgericht Ende August. Das Urteil erging einstimmig. Sayn-Wittgenstein hatte 2014 für einen Verein geworben, der seit 2015 auf der sogenannten Unvereinbarkeitsliste der AfD steht und vom Verfassungsschutz Thüringen als rechts-extremistisch eingestuft wurde. Sie wurde vom Bundesschiedsgericht der AfD auch aus der Partei ausgeschlossen.

Nachrufe

Trauer um Wolfgang Fuß und Karl Heinz Luckhardt

Der Landtag hat in seiner August-Tagung zwei verstorbene Parlamentarier mit einer Schweigeminute geehrt.

Der ehemalige SPD-Abgeordnete **Wolfgang Fuß** war am 3. Juli im Alter von 73 Jahren verstorben. Der Steuerfachgehilfe aus Hilden im Rheinland ließ sich 1990 in Kuddewörde (Kreis Herzogtum Lauenburg) nieder. Er wirkte als Gewerkschaftssekretär und in der Kommunalpolitik, bevor er von 2000 bis 2005 dem Landtag angehörte. Später wechselte er zu den Freien Wählern. Wolfgang Fuß sei ein Politiker gewesen, „der um der guten Sache Willen zwar durchaus streitbar war, aber eben nicht verbissen, ein Abgeordneter, der stets nach pragmatischen Lösungsansätzen strebte, um die Dinge zu verändern“, so Landtagspräsident Klaus Schlie.



Karl Heinz Luckhardt war am 11. August im Alter von 87 Jahren verstorben. Der gebürtige Bochumer absolvierte eine Malerlehre und arbeitete fast 15 Jahre lang als Maler und Kranführer in einem Stahlwerk. Er studierte Volkswirtschaftslehre, arbeitete für die SPD-Fraktion im Landtag und wurde 1971 selbst in das Parlament gewählt. Dort sei er „zu einem der wichtigsten Akteure der Landespolitik“ geworden, betonte Landtagspräsident Schlie. Am 1. November 1980 trat Luckhardt das Amt des Kieler Oberbürgermeisters an. Nach zwei Wahlperioden ging er 1992 in den Ruhestand. Luckhardt habe Kiel so maßgeblich geprägt, „dass die Erfolge seines Schaffens bis heute sicht- und greifbar sind“, so Schlie: „Karl Heinz Luckhardt war ein hoch erfolgreicher, volksnaher Politiker, der die Dinge gestaltete.“

Runde Geburtstage

Helmut Plüschau aus Wedel (Kreis Pinneberg), von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 1. September seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Adelheid Brüchmann-Nikolay aus Bonn, von 1996 bis 1999 für die Grünen und anschließend bis 2000 fraktionslos im Landtag, hat am 13. August ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Peter Jensen-Nissen aus Tolk (Kreis Schleswig-Flensburg), von 1987 bis 1988 sowie von 1992 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 23. August seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Rainer Wiegard aus Bargtheide (Kreis Stormarn), von 2000 bis 2017 für die CDU im Landtag, Finanzminister von 2005 bis 2012, hat am 10. Juli seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Erinnerung und Verantwortung für die Zukunft

Gedenkstunde zum 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen

In einer Gedenkveranstaltung mit 150 Gästen aus Politik und Gesellschaft hat der Landtag des deutschen Angriffs auf Polen am 1. September 1939 gedacht. Vor 80 Jahren begann der Zweite Weltkrieg, dem schätzungsweise 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen, darunter sechs Millionen Polen. Es war die einzige offizielle Veranstaltung in einem deutschen Parlament zu diesem Anlass. Der polnische Botschafter in Berlin Andrzej Przyłębski hielt ein Grußwort, und Prof. Martin Aust, Osteuropa-Historiker an der Universität Bonn, ordnete das historische Geschehen in seiner Gedenkrede ein. Zuvor begrüßte Landtagspräsident Klaus Schlie die Gäste.

traurigen Gewissheit erfolgt, dass eine vollständige Wiedergutmachung nicht möglich ist“. Der 1. September 1939 sei „eine Mahnung an die gegenwärtigen Generationen, nie wieder den Weg des Hasses zu gehen, noch zuzulassen, dass andere diesen Weg gehen“, appellierte der Landtagspräsident.

Botschafter Przyłębski wies auf die verheerenden Folgen des Krieges für sein Land hin. Polen sei Opfer eines brutalen Besatzungsregimes geworden, das das Ziel hatte, die Führungsschicht der Akademiker, Ärzte, Politiker und Richter zu ermorden und das gesamte Volk zu versklaven. Die Westalliierten hätten Polen nach dem deutschen Angriff im September 1939 auf „empörende“ Weise

eine gemeinsame Zukunft finden – das geht nur, wenn nicht vergessen wird.“

*Historiker Aust:
„Leid nicht verdrängen“*



Der Historiker Prof. Martin Aust stellte fest, dass die polnischen „Erschütterungen und Traumata“ in Deutschland zu wenig beachtet würden: „Polen hat den Eindruck, dass die deutsche Öffentlichkeit nicht ausreichend Rechenschaft abgelegt hat.“ Er verwies auf die Massenerschießungen, die Deportationen, die Juden-Ghettos in polnischen Städten, die Konzentrationslager und die Zerstörung Warschaus während der Strafaktion gegen den Aufstand von 1944. Nach dem Krieg habe es jedoch eine „deutsche Verdrängungskultur“ und eine Fixierung auf die „eigene Opferrolle“ gegeben. Erst die neue Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt und dessen Kniefall in Warschau im Jahr 1970 hätten einen Wandel gebracht.

Aust strich heraus, dass der Weg zur deutschen Einheit mit den polnischen Protesten gegen das kommunistische Regime in den 1980er Jahren begonnen habe: „Polen beschenkte Deutschland und Europa mit Freiheit.“ Das Fazit des Historikers: „Wir Deutschen sollten nicht vergessen, welches Leid wir unseren Nachbarn, zumal Polen, gebracht haben. Uns Nachgeborenen bleibt die Pflicht, zu erinnern.“

Landtagspräsident Schlie: „Nie wieder Hass“



Landtagspräsident Schlie erinnerte daran, dass der Zweite Weltkrieg am frühen Morgen des 1. September 1939 mit Schüssen des Linienschiffes „Schleswig-Holstein“ auf die Danziger Westerplatte begann. Deswegen sehe sich das nördlichste Bundesland in einer besonderen Verantwortung. „Das gemeinsame Gedenken zeigt, dass Deutsche und Polen trotz der unaussprechlichen Verbrechen der Deutschen einen Weg zueinander gefunden haben“, hob der Landtagspräsident hervor. „Ohne die Erinnerung an die Vergangenheit, ohne ein eindeutiges Bekenntnis zur historischen Schuld und der daraus erwachsenden Verantwortung von uns Deutschen wäre das nicht denkbar.“

Schlie verwies auf die Aufarbeitungsmaßnahmen des Landtages in Bezug auf Politiker mit NS-Vergangenheit. Dies sei „in der

im Stich gelassen. Nach Kriegsende habe zudem die „Bequemlichkeit des Westens“ dazu beigetragen, dass Polen in die „kulturelle Rückschrittlichkeit“ des Sowjetkommunismus geriet. Die endgültige Befreiung sei erst 1989 gekommen.

An die Deutschen appellierte der Botschafter, ein Denkmal für die polnischen Opfer des Nationalsozialismus zu errichten. Przyłębski rief auch die deutschen Bildungsinstitutionen auf, die Erinnerung an das polnische Leiden wach zu halten: Dies müsse „ein wesentlicher Teil der Bildung der jungen Generation“ sein. Die Nationen müssten „einen neuen Weg für



Botschafter Przyłębski: „Erinnerung wachhalten“

Ostseeparlamentarier für Nachhaltigkeit und gegen Plastik

„Saubere Ozeane und die Zukunft des Arbeitslebens“ waren Ende August die Schwerpunktthemen der Ostseeparlamentarierkonferenz in Oslo. Der Landtag war auch bei der 28. Auflage dieses Treffens mit dabei.

Die rund 200 Teilnehmer kamen im Storting, dem norwegischen Parlament, zusammen. In ihrer einstimmig verabschiedeten Abschlussresolution bekannten sie sich zu den Nachhaltigkeitszielen der UN und forderten weltweite, verbindliche Maßnahmen gegen Plastikmüll. Beim Thema Arbeitsmarkt setzte die Konferenz unter anderem auf offenen Grenzen und Digitalisierung, um die Chancen der jungen Generation zu verbessern.

„Es gibt viele Themen, die uns gemeinsam umtreiben – angefangen von der maritimen Wirtschaft über den sich verändernden Arbeitsmarkt bis hin zu drängenden Klimaschutzfragen“, sagte Landtagspräsident und Delegationsleiter Klaus Schlie. „Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist ein wichtiger und unverzichtbarer Ort des Austausches“,

so Schlie. „Darum ist es wichtig, dass Schleswig-Holstein jedes Jahr vertreten ist.“ Die europa- beziehungsweise arbeitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen komplettierten die Delegation.

Seit ihrer Gründung 1991 fördert die Ostseeparlamentarierkonferenz die Zusammenarbeit nationaler und regionaler Parlamente im Ostseeraum. In ihr sind Parlamentarier aus

Deutschland, Russland, Polen, Schweden, Norwegen, Finnland, den Åland-Inseln, Dänemark, Grönland, den Färöer-Inseln, Island, Estland, Lettland und Litauen vertreten. Aus Deutschland kommen Teilnehmer des Bundestages sowie der Landesparlamente von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Im kommenden Jahr wird die Konferenz in der litauischen Hauptstadt Vilnius zusammenkommen.



Die schleswig-holsteinische Delegation im Storting (v. li.): Wolfgang Baasch (SPD), Petra Nicolaisen (Bundestagsabgeordnete, CDU), Landtagspräsident Klaus Schlie, Hartmut Hamerich (CDU), Aminata Touré (Grüne), Jette Waldinger-Thiering (SSW), Bernd Heinemann (SPD), Volker Schnurrbusch (AfD). Nicht im Bild: Stephan Holowaty (FDP).

Schleswig-Holstein und Südtirol senden gemeinsamen Appell nach Brüssel

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und der Landtag von Südtirol bekräftigen ihre gemeinsame Linie in der Minderheitenpolitik. Das ist ein Ergebnis der dreitägigen Reise einer schleswig-holsteinischen Parlamentariergruppe in die autonome norditalienische Region Anfang September.

Die beiden Landtage fordern schon seit längerem ein stärkeres Engagement der Europäischen Union in diesem Bereich. Die Parlamente in Kiel und in Bozen haben die europaweite Bürgerinitiative „Minority SafePack Initiative“ (MSPI), die 1,2 Millionen Unterschriften für die Stärkung des Minderheitenschutzes in der EU gesammelt hat, mit entsprechenden Parlamentsbeschlüssen unterstützt. „Es ist nun

an der Zeit, die Europäische Kommission zu drängen, den Willen der Bürger auch in konkrete Politik umzusetzen“, erklärte Wolfgang Baasch, Vorsitzender des Europaausschusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Hintergrund: Nach der Europawahl im Mai ist die Neubildung der Brüsseler Kommission noch nicht abgeschlossen. Die MSPI fordert, einen Kommissar auch mit dem Thema Minderheiten zu betrauen. Die bisherige Kommission hatte dies abgelehnt.



Der Südtiroler Landtagspräsident Josef Noggler begrüßt die Gäste aus Schleswig-Holstein im Bozener Plenarsaal.

Gesprächspartner der Schleswig-Holsteiner waren der Südtiroler Landtagspräsident Josef Noggler sowie die Minister („Landesräte“) Waltraud Deeg und Daniel Alfreider. Daneben besuchte die Delegation den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Ladinische Minderheit und die Europäische Akademie in Bozen (EURAC).

Neben Baasch (SPD) gehörten Peter Lehnert und Tobias von der Heide (beide CDU), Birte Pauls (SPD) und Jörg Hansen (FDP) der Delegation an.

Politik für Grundschüler: „Die Förde-Detektive“ ermitteln

Im Nord-Ostsee-Kanal treiben tote Fische, und die drei „Förde-Detektive“ Paul, Emma und Nitro wittern einen Umweltskandal. Bei ihrer Spurensuche hilft ihnen die Landtagsabgeordnete Nele Kroog. So beginnt das Kinderbuch „Gift im Nord-Ostsee-Kanal“, das der Landtag gemeinsam mit dem Hamburger Oetinger-Verlag entwickelt hat. Neben dem spannenden Kriminalfall vermittelt das rund 150 Seiten starke Buch, wie Politik funktioniert. Autor Christian Tielmann stellte sein Werk Mitte September im Plenarsaal vor und nahm 120 Viertklässler aus Kiel und Umgebung auf eine Reise von der Holtenauer Hochbrücke über die Kiellinie am Landeshaus und einen Gemüseladen in Kiel-Gaarden bis in eine dunkle Besenkammer. Die Kinder verfolgten die Wendungen der Geschichte mal mit Lachen, mal mit atemloser Spannung. Und sie stellten dem 48-jährigen Schriftsteller Fragen zu seinem Buch, die dieser auch gerne beantwortete – bis auf eine: „Wie geht die Geschichte aus?“ Das können alle Leseratten nun selbst herausfinden, denn das Buch gibt es kostenlos beim Landtag.

Leseprobe

Kapitel 1: Freiheit für den Zander

„Lass uns umkehren!“, hörte Paul seinen Freund Nitro von hinten rufen. „Das ist voll eklig heute hier draußen.“

„Sei nicht so zimperlich, Nitro“, antwortete Paul. Er stemmte sich Wind und Regen entgegen und kämpfte sich die Hochbrücke hinauf. Sein bester Freund Nitro war echt ein super Kumpel, der meistens für jeden Spaß und jede Mission zu haben war. Nitro, der eigentlich Claas-Oliver hieß, liebte alles, was Kabel, Hebel und Schalter hatte. Aber er hasste Haare kämmen, Vokabeln pauken und leider auch schlechtes Wetter. Schon der normale Kieler Nieselregen konnte Nitros Laune von der Note „ganz okay“ auf „katastrophal“ herunterkrachen lassen.

An einem Tag wie diesem Samstagnachmittag war es aber noch schlimmer um Nitros Stimmung bestellt. Es war Juni. Und es regnete. Nicht nur ein bisschen. Es schüttete. Obendrein hatten sie Gegenwind. Und Paul, Nitro und Emma, die Dritte im Bunde, quälten sich den Radweg auf die Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal hinauf.

Paul selbst war eigentlich nicht besonders empfindlich, was das Wetter anging. Er war sozusagen mit Gummistiefeln und Regenjacke auf die Welt gekommen. Aber selbst Paul wäre bei diesem Sauwetter lieber zu Hause geblieben, wenn es nicht um Flosse gegangen wäre. „Flosse“ nannte er den jungen Zander, den er im Brackwasser an einem Zulauf zum Nord-Ostsee-Kanal gefunden und vor dem Angriff der Möwen gerettet hatte. Zu Hause hatte er ihn aufgepäppelt. Jetzt war es an der Zeit, den Zander in die Freiheit zu entlassen. Die Stelle

dafür hatte der strohblonde Junge mit den etwas zu langen Armen mit Bedacht ausgewählt: Draußen am Nord-Ostsee-Kanal, ganz in der Nähe der Stelle, an der Paul ihn gerettet hatte, sollte Flosse seine zweite Chance auf ein Leben in Freiheit bekommen. Ein bisschen Regen schadete da gar nichts, fand Paul.

Der Zander schwamm in einem Eimer, den Paul in die Kiste vor seinem Lenker gestellt hatte. Und ihm schien das Geschaukel auf dem Fahrrad nichts auszumachen. Der immer stärker werdende Regen konnte dem Fisch natürlich auch egal sein. Und auch Paul beschloss, sich nicht von ein paar dicken Regentropfen die Zander-Auswilderung verderben zu lassen. „Dem Wetter kann ich nichts vorschreiben, aber deiner Kleiderordnung“, pflegte Pauls Vater zu sagen.

Als sie den höchsten Punkt der Brücke, die sie über den Nord-Ostsee-Kanal führte, erreicht hatten, fragte allerdings auch Emma zaghaft: „Muss das echt heute sein, Paul?“ Sie sah Paul mit ihren dunklen Augen an. Von ihren roten Haaren konnte er nichts sehen. Die hatte sie sicher unter der Kapuze und dem Fahrradhelm verstaut. Ihre Stupsnase war von Regentropfen bedeckt. Normalerweise konnte Paul dem Mädchen nichts abschlagen. Aber hier und heute ging es um den Fisch!

Der Wind pffiff ihnen um die Ohren. „Also bitte. Wir reden hier von Flosse“, sagte Paul. Er deutete runter auf ein knallrotes Tankschiff, das gerade aus der Schleusenanlage Kiel-Holtenau gefahren kam. Balloni stand in weißen Buchstaben auf dem Bug des Schiffs. Unter ihnen zog sich der Kanal wie ein langes, geschwungenes Band durch die Landschaft zwischen den beiden Meeren. „Die Seeleute arbeiten auch bei jedem Wetter!“



Autor Christian Tielmann und die Grundschüler hatten viel Spaß mit den „Förde-Detektiven“.

„Ja, aber nicht auf dem Fahrrad“, sagte Nitro. „Außerdem muss ich um vier Uhr zum Doc in den Chemiekurs.“

Paul sah auf seine Uhr. „Es ist erst 13:48 Uhr, aber wenn ihr nicht mehr wollt, zieh ich das auch allein durch.“ Zur Bestätigung trat er fest in die Pedale. Der Wind blies ihm so kräftig entgegen, dass er auch bei der Abfahrt von der Brücke auf die andere Seite des Kanals noch ordentlich trampeln musste, um vom Fleck zu kommen.

Emma rief hinter ihm her: „Wir kommen ja schon, du alter Dickschädel!“

Sie fuhren die Hochbrücke runter und hielten sich auf der Nordseite des Kanals in westlicher Richtung. Es war eine knappe Stunde zu radeln, ehe sie an die Stelle kommen würden, an der Paul Flosse aussetzen wollte. Normalerweise.

„Oh nein, hier ist Pause!“, rief Nitro von hinten.

„Wieso Pause?“, fragte Emma. „Willst du bei dem schönen Wetter ein Picknick machen?“

Sie hielten an einer Baustelleneinfahrt. Der Regen prasselte jetzt nur so auf sie nieder. Der Boden war am Fahrbahnrand schon ziemlich matschig.

„Platten!“, sagte Nitro knapp.

Paul betrachtete den Reifen. Der war so platt, wie ein Reifen nur sein konnte. Nitro hatte zwar immer Flickzeug und sogar eine kleine Mini-Luftpumpe dabei, aber ein Vergnügen würde es nicht gerade werden, in diesem Dauerregen den Reifen zu flicken.

Ein Auto raste an ihnen vorbei. Regentropfen tanzten im Licht der Scheinwerfer. Sie schoben die Räder noch ein paar Meter weiter in die Einfahrt zu der Baustelle, um sich vor dem Verkehr auf der Landstraße in Sicherheit zu bringen. Mit einem geübten Griff drehte Nitro sein Fahrrad herum und stellte es auf Sattel und Lenker ab. Emma setzte die Reifenheber an. Innerhalb weniger Minuten hatten sie den Schlauch herausgezogen, aufgepumpt und in Flosses Wassereimer getaucht, um das Loch zu finden. Neugierig umkreiste der Zander die schwarze Schlange in seinem Eimer, die lustige Blubberbläschen auszupusten schien. „In zehn Minuten sind wir hier fertig“, versprach Paul dem Fisch, als sie das Loch gefunden hatten.



Daraus wurde nichts. Denn in diesem Augenblick hörten sie Motoren aufheulen. Die Geräusche kamen nicht von der Landstraße, sondern von der Baustelle. Paul hob den Kopf – und im gleichen Moment sah er auch schon einen silbergrauen Audi auf sich zurasen. Der Fahrer hatte die Innenbeleuchtung eingeschaltet. Nur darum konnte Paul sein Gesicht so genau erkennen. Der Typ trug eine auffällig hässliche Brille mit goldenem Rand auf der Nase, die einen deutlichen Knick nach links hatte. Aber vor allem guckte er nicht auf den Weg, sondern tippte mit gesenktem Kopf auf seinem Handy herum.

„Achtung!“, rief Paul und sprang einen Schritt zurück. Er stolperte über das Fahrrad von Nitro. Das landete im Matsch.

„Pass auf!“, brüllte Emma.

Doch es ging zu schnell. Der Fahrer riss in letzter Sekunde das Lenkrad herum, brachte seinen Wagen wieder unter Kontrolle, donnerte aber mit wahnsinnig viel Schwung durch eine Pfütze.

Ein großer Schwall Dreck und Wasser schossen heraus. Und Nitro, Emma und Paul kriegten die volle Ladung ab.

„Hey!“, schrie Nitro.

Der Wagen bog auf die Landstraße ein. Paul versuchte, mit zusammengekniffenen Augen das Rendsburger Kennzeichen zu entziffern. „RD – F... Den Rest kann ich nicht...“

Weiter kam Paul nicht. Denn direkt hinter dem Audi donnerte ein Lastwagen aus der Einfahrt. Auch der Fahrer dieses knallroten Lastwagens ließ die Pfütze nicht aus.

„Das gibt’s doch nicht!“, schimpfte Emma, die einen zweiten Schwall Matschwasser abgekriegt hatte.

Der Lkw bretterte ebenfalls sehr schnell über die Landstraße. Das Kennzeichen dieses Wagens war so verdreht, dass die drei Freunde es nicht erkennen konnten. Brinkle stand in großen Buchstaben auf der Klappe des Lastwagens.

„Kommt zurück, ihr Idioten!“, brüllte Nitro den beiden Autos hinterher. Aber die dachten gar nicht daran.

Paul sah in der Ferne das grelle Licht einer Radarfalle zweimal aufblitzen. Dann waren die Fahrzeuge verschwunden.

„Die waren zu schnell“, stellte Nitro nüchtern fest.

„Wenigstens sind sie erwischt worden!“, sagte Paul.

„Hoffentlich kostet das richtig viel“, fauchte Emma. „So eine Frechheit! Ich bin klitschnass.“

Die Startauflage von 5.000 Exemplaren kann kostenfrei beim Landtag bestellt werden. Einzelpersonen erhalten bis zu drei Exemplare, an Schulen werden auch Klassensätze abgegeben: bestellung@landtag.ltsh.de

Festakt zum 200. Geburtstag von Klaus Groth

Erkundung der norddeutschen „Seelenlandschaft“

Rund 100 Gäste begingen Mitte September den 200. Geburtstag des Dichters Klaus Groth im Plenarsaal des Landeshauses. Groth wurde am 24. April 1819 in Heide geboren. Der Landtag und die Klaus-Groth-Gesellschaft hatten zum Festakt nach Kiel geladen.

Groths Lyriksammlung „Quickborn“ erhob das Niederdeutsche 1852 wieder zu einer Literatursprache von Rang. Seine hochdeutsche Lyrik ist durch Vertonungen von Johannes Brahms im Gedächtnis geblieben. „Seine Werke sind im besten Sinne zeitlos“, erklärte Landtagspräsident Klaus Schlie. „Wer Klaus Groths Gedichte heute liest, dem steht die norddeutsche Landschaft – auch die ‚Seelenlandschaft‘ – ganz unmittelbar vor Augen.“ Neben vielen Auszeichnungen bereits zu Lebzeiten sei die wohl wichtigste, dass Groth auch 200 Jahre nach seinem Geburtstag so vielen Menschen im Norden vertraut sei, sagte der Parlamentspräsident: „Das ist der wohl schönste Ruhm, den ein Dichter ernten kann: in den Herzen der Menschen auch viele Generationen nach seinem Tod noch eine Heimat zu haben.“

Der Vorsitzende der Klaus-Groth-Gesellschaft Robert Langhanke betonte: „Klaus Groth gebührt das große Verdienst, die alte Landessprache Niederdeutsch in einem einmaligen Projekt wieder zu einer Literatur-



sprache erhoben zu haben, die dem ästhetischen Vergleich mit anderen Literaturen standhält und das Konzept einer niederdeutschen Literatur fest verankerte.“ Unter den Dichtern des Landes nehme der Dithmarscher Klaus Groth einen der ersten Plätze ein, so Langhanke: „Die durch die niederdeutschen Texte Klaus Groths erzielte Wirkung für die niederdeutsche Sprache und damit für die Sprecherinnen und Sprecher, für die Menschen in Schleswig-Holstein und überall dort, wo die Texte gelesen werden, ist unübersehbar groß.“

Groth und „das Globale im Lokalen“

Den Festvortrag hielt der Göttinger Literaturwissenschaftler Prof. Heinrich Detering, von 2011 bis 2017 Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. Detering stellte unter der Frage „Klaus Groth im 21. Jahrhundert?“ umfassende „Überlegungen zur Gegenwärtigkeit seines Werkes“ an. Dabei rückte er eine aktuelle Facette in den Vordergrund: „Klaus Groths Gedichte zeigen das Globale im Lokalen“, so Detering.

Sie stünden im Zeichen einer „großen und zu selten wahrgenommenen ökologischen Sensibilität“: eines „bewussten Mitseins mit Pflanzen und Tieren, einer Wahrnehmung des Menschen als eines Geschöpfes unter Geschöpfen, einer Wahrnehmung auch der Gefährdungen im anbrechenden Industriezeitalter“. Seine Dichtungen hätten „uns Zeitgenossen des 21. Jahrhunderts ganz gewiss nicht weniger zu sagen als den Zeitgenossen Groths“, unterstrich Detering.

Gesa Retzlaff, Vorsitzende des Niederdeutschen Bühnenbundes Schleswig-Holstein, rezitierte niederdeutsche Gedichte Klaus Groths. Musikalisch gestaltet wurde der Festakt durch den Heider Männerchor von 1841 in der Chorgemeinschaft Heide, Linden, Süderheistedt. Klaus Groth gehörte zu den Gründern des Heider Männerchores, der an diesem Abend Lieder seines berühmten Mitglieds zu Gehör brachte. Der Festakt bildete einen Höhepunkt des veranstaltungsreichen Klaus-Groth-Jahres und versammelte Gäste aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Kunst sowie viele Liebhaber der Literatur Klaus Groths im Landeshaus.



Klaus Groth, 1819 in Heide geboren, lebte zwischenzeitlich auf Fehmarn und ab 1853 in Kiel. Neben seinen lyrischen und epischen Werken („Quickborn“, „Rothgeter Meister Lamp un sien Dochter“, „Ut min Jungsparadies“) verfasste er eine niederdeutsche Grammatik. Er wirkte als Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Kiel. Ab 1865 bis zu seinem Tod 1899 wohnte er im „Haus Quickborn“ im Kieler Schwanenweg, nur wenige Meter vom Landeshaus entfernt. Klaus Groth war Ehrenbürger von Heide und von Kiel.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



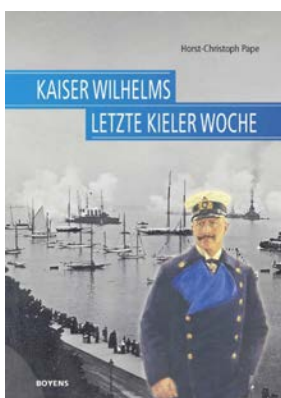
Wolfgang Meyer-Hentrich: Wahnsinn Kreuzfahrt. Gefahr für Natur und Mensch. Berlin: Christoph Links Verlag 2019. 244 S.

Der Kreuzfahrttourismus boomt. Mit günstigen Preisen werden jährlich Millionen Passagiere auf immer größere Schiffe gelockt. Kein noch so kleiner Pazifik-Archipel, keine noch so weit entfernte Bucht in der Arktis ist vor dem Ansturm der Massen sicher. Städte wie Dubrovnik, Barcelona oder Venedig ersticken an der Flut der Tagestouristen. Wolfgang Meyer-Hentrichs faktenreiches Buch beschreibt auf ebenso kritische wie unterhaltsame Weise, welch astronomisch hohen Gewinne das Kreuzfahrt-Geschäft abwirft, dem er Steuervermeidung, Ausbeutung des Personals und den skrupellosen Umgang mit der Natur vorwirft.



Anna Kröning: Deutschland hat ausgelernt. Wie Schulen an der Integration scheitern und was wir tun können. München: Piper 2018. 316 S.

Viele der Flüchtlinge, die seit 2015 nach Deutschland kamen, sind 25 Jahre alt oder jünger. Ihre Ausbildung und Integration in unseren Schulen bereiten große Probleme. Die Journalistin Anna Kröning beschreibt ein überfordertes Bildungssystem, dem sowohl Geld und Lehrkräfte als auch durchdachte Konzepte fehlen. Mit einem „12-Punkte-Plan für bessere Schulen“ – von mehr Investitionen bis hin zu einer sinnvollen Verzahnung von Asyl- und Bildungspolitik – wirbt die Autorin für neue Unterrichtsmodelle mit dem Ziel, die Entstehung von Parallelgesellschaften zu verhindern und das Potenzial junger Zuwanderer voll auszuschöpfen.



Horst-Christoph Pape: Kaiser Wilhelms letzte Kieler Woche. Heide: Boyens 2018. 104 S.

Das chronologisch erzählte Buch vermittelt die Ereignisse und das Flair der letzten Kieler Woche vor dem Ersten Weltkrieg, die Ende Juni 1914 als heitere Veranstaltung beginnt. Ein großer britischer Flottenverband ist in Kiel zu Besuch, die Kontakte zwischen Offizieren und Würdenträgern beider Länder sind freundschaftlich, teilweise herzlich. In die Regatta-Woche fällt das Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Sarajewo, das die europäische Staatenwelt in die Krise stürzt. Einen Monat später führen die Soldaten, die eben noch gemeinsam gefeiert haben, Krieg gegeneinander.

Geschichtspreise nach Altenholz

Das Gymnasium Altenholz, nördlich von Kiel, hat beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten Ende August abgeräumt. „So geht's nicht weiter. Krise, Umbruch, Aufbruch“ war das Thema der 26. Auflage. Die Altenholzer reichten 21 Arbeiten ein, sieben davon wurden mit Preisen von 100 bis 250 Euro geehrt. Als beste Schule erhielt das Gymnasium weitere 1.000 Euro. Alle Landessieger qualifizierten sich für den Bundeswettbewerb, dessen Gewinner im November vom Bundespräsidenten in Berlin ausgezeichnet werden. Im Lande reichten 32 Schulen insgesamt 98 Beiträge ein. Die Jury prämierte zwölf Landessieger und vergab weitere zwölf Förderpreise. In Aufsätzen, Filmprojekten oder Theaterstücken befassten sich die Jugendlichen zum Beispiel mit dem Matrosenaufstand 1918, dem Metallarbeiterstreik 1954, der 68er-Bewegung, der Kieler Affäre 1987 oder der gescheiterten Wiederwahl von Ministerpräsidentin Heide Simins im Jahr 2005.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Markus Stratmann (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1130, markus.stratmann@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Rebecca Hollmann, Yvonne Windel, Thomas Wagner, Jan Diedrichsen, Mareike Watolla, Archiv des Landtages, Landesarchiv, dpa-Bildfunk, Gabriele Planthaber/pixelio.de, wobigrafie/pixelio.de, Bernd Kasper/pixelio.de, Tennymeyer/pixelio.de, Rudolpho Duba/pixelio.de, Rike/pixelio.de, siepmannH/pixelio.de, Lena/pixelio.de, AOK, Picture-Alliance/Horst Galuschka, Olaf Kosinsky, Piper-Verlag, Wilhelm-Boyens-Verlag, Ch.-Links-Verlag, Gedenkstätte Hohenschönhausen, Angieconscious/pixelio.de

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH, Billstraße 103
20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit, L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel,
Telefon 0431/988-1639, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. September 2019

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich



Peer Knöfler, CDU,
geboren am 25. März 1968,
evangelisch,
verheiratet, drei Kinder,
Berufsschullehrer

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Nachdem die Gesellschaft mir meine Ausbildung und mein Studium ermöglicht hat, habe ich erkannt, dass man nicht nur von außen kritisieren darf, sondern Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen muss. Der Veränderungs- und Gestaltungswille in meiner Heimatgemeinde hat mich zum ehrenamtlichen Engagement in der Kommunalpolitik gebracht.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Landwirt. Leider hat mir niemand seinen Hof vermacht, also verbringe ich meine Freizeit gerne in der Landwirtschaft und mit der dazugehörigen Technik.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Mathe, Gemeinschaftskunde und Sport waren meine Lieblingsfächer. Wie man sich denken kann, waren diese Fächer dann auch prägend für mein Studium zum Berufsschullehrer.“

Was war ihr allererster Job?

„Erntehelfer. Von klein auf an hat mich die Landwirtschaft interessiert und begeistert. Während meine Eltern sich regelmäßig in Großenbrode im Urlaub erholten, habe ich auf dem benachbarten Bauernhof mitangepackt.“

Was macht Sie wütend?

„Ignoranz und wenn Leute über Dinge reden, von denen sie keine Ahnung haben.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Um wirtschaftliche Prosperität und umweltpolitischen Fortschritt zu erreichen, muss Bildung in finanzieller und auch in gesellschaftlicher Form (Respekt und Akzeptanz) prioritärer behandelt werden. Dabei spielt auch Entbürokratisierung eine entscheidende Rolle.“



Stefan Weber, SPD,
geboren am 16. Januar 1963
in Hamburg,
wohnt in Sievershütten
(Kreis Segeberg),
verheiratet, zwei Kinder,
Diplom-Sozialwirt

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich war seit meiner Schulzeit politisch aktiv, aber in keiner Partei. 2002 habe ich mich nach einigen Gesprächen mit unseren Nachbarn über die politische Gestaltung unserer Gemeinde dazu entschlossen, der SPD in Sievershütten beizutreten und unseren damaligen Bürgermeister, der 2003 wieder zur Wahl angetreten und gewählt worden ist, zu unterstützen.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Meine Berufswünsche in früher Kindheit waren erst Bauer, dann Pastor oder Polizist, später entschied ich mich aber für den Beruf des Erziehers. Weil ich gerne mit Menschen arbeiten wollte.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Meine absoluten Lieblingsfächer waren Geschichte und Politik. In diesen Bereichen hätte ich mir auch ein Studium vorstellen können. Während der Erzieherausbildung waren es die Fächer Rechtslehre und Soziologie.“

Was war Ihr allererster Job?

„Während meiner Schulzeit habe ich Zeitungen ausgetragen und auch mal als Eisverkäufer gejobbt. Nach meiner Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann und dann zum staatlich anerkannten Erzieher war meine erste Anstellung in einer Kindertagesstätte. Ich wurde zur Schwangerschaftsvertretung als Betreuer einer Hortgruppe bei den damaligen städtischen Kindergärten eingestellt. Hier traf Realität auf Praxis. Die Kinder schafften es, dass ich nach dem ersten Arbeitstag das erste und einzige Mal an der Berufswahl meines Wunschberufes zweifelte. Zum Glück hielt diese Phase nur einen Tag an.“

Was macht Sie wütend?

„Egoismus, Verachtung und Gewalt machen mich sehr wütend. Vor allem, wenn dieses noch mit Uneinsichtigkeit gepaart ist. Ich glaube an das Gute im Menschen und bin fest davon überzeugt, dass kein Mensch mit diesen Eigenschaften geboren wurde, sondern diese durch Erziehung (oder vielleicht auch durch Nicht-Erziehung), Gesellschaft und Sozialisation erlernt und erworben hat.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Schleswig-Holstein ist schon ein tolles Land, allerdings gibt es aus meiner Sicht noch viele Dinge, die hier besser werden sollten. An erster Stelle steht da für mich ein besserer Umgang mit der Natur und unseren Ressourcen. Bei der Produktion und Nutzung von erneuerbaren Energien müssen wir in Schleswig-Holstein noch ordentlich zulegen. Ein zweiter Punkt, der mir am Herzen liegt, ist das Thema ‚Kinder und Jugendrechte stärken‘. Hier haben wir zwar schon einiges geregelt, aber in der konkreten und ernsthaften Umsetzung in den Kommunen scheidet es leider an vielen Orten im Land.“



Gretel Bergmann war in den 1930er Jahren eine Weltklasse-Hochspringerin. Wegen ihres jüdischen Glaubens wurde sie von den Nazis verfolgt, sie emigrierte 1933 nach Großbritannien und 1937 in die USA. Ihre lebensgroße Figur war im August Teil der Ausstellung „Zwischen Erfolg und Verfolgung – jüdische Stars im deutschen Sport bis 1933 und danach“. Die Wanderausstellung, die der Landesbeauftragte für politischen Bildung und das Kieler Kulturamt an die Förde geholt hatten, beschreibt die Schicksale von insgesamt 16 Athleten.



Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, war Anfang September Gast bei der Eröffnung der Ausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“, die den Völkermord an den Sinti und Roma in der NS-Zeit und deren langen Kampf um Anerkennung beschreibt. „Wenn Minderheiten zu Sündenböcken erklärt werden, dann ist das ein Angriff auf unsere Demokratie“, mahnte er.



Bereits zum dritten Mal haben Jugendliche, deren Eltern bei den Demonstrationen auf dem Maidan-Platz in Kiew im Februar 2014 getötet wurden, in Schleswig-Holstein Urlaub gemacht und den Landtag besucht. Die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft hatte die 15-köpfige Gruppe eingeladen. Landtagspräsident Klaus Schlie erläuterte die parlamentarischen Strukturen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik.

Zu Besuch im Landeshaus



Mehr als 1.700 Besucher kamen am 30. August ins Landeshaus, als der Landtag zum ersten Mal an der Kieler Museumsnacht teilnahm. Neben Vorträgen, einer Kunstaussstellung und Mitmachaktionen schlüpfte der Schauspieler Andreas Schauder in die Rolle eines Pförtners mit Dienstmütze und führte die Gäste unter dem Motto „Wahres, Gelogenes und Erstaunliches“ durchs Gebäude.



Die bayerische Parlamentspräsidentin Ilse Aigner hat Mitte August den Landtag besucht. Nach einem Gespräch mit ihrem Amtskollegen Klaus Schlie trug sich die CSU-Politikerin ins Gästebuch ein.

Termine, Termine, Termine ...

Blick in die Gefängnisse der DDR



Anlässlich des 30. Jubiläums des Mauerfalls zeigt der Landtag die Wanderausstellung „Gewalt hinter Gittern“, die Unrecht und Misshandlung in DDR-Gefängnissen thematisiert. Die von den Gedenkstätten Bautzen und Berlin-Hohenschönhausen konzipierte Ausstellung befasst sich mit den Themenschwerpunkten „Gewalt in der Untersuchungshaft“, „Gewalt im DDR-Strafvollzug“ und „strafrechtliche Aufarbeitung der Gewalt“. Sie besteht aus offenen Archivschränken mit Fotos, Dokumenten, Filmen und Hörstationen.

Die Ausstellung bleibt noch bis zum 3. November im Landeshaus. Sie ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

Stephan Krawczyk singt und liest

Als Begleitung zur Ausstellung „Gewalt hinter Gittern“ wird der Liedermacher Stephan Krawczyk am Donnerstag, den 24. Oktober ins Landeshaus kommen. Zum Jubiläum des Mauerfalls hat der ehemalige Insasse der zentralen Untersuchungshaftanstalt der DDR-Staatsicherheit in Berlin-Hohenschönhausen eine Konzertlesung erarbeitet. In dem rund anderthalbstündigen Programm mit dem Titel „Wieder stehen – Rettung kommt von Ohnmacht nicht“ singt Krawczyk Lieder aus der Vorwendezeit sowie von heute und liest autobiografische Texte über das Leben in der DDR und im vereinten Deutschland. Der 63-Jährige aus dem thüringischen Weida machte in der DDR als Konzettgitarist Karriere, geriet wegen seiner kritischen Haltung aber in Konflikt mit dem SED-Regime und wurde 1988 in die Bundesrepublik abgeschoben. Der Abend ist Teil der Reihe „Politische Literatur im Landtag“. Das Programm beginnt um 19:00 Uhr. Interessierte werden gebeten, sich per Mail anzumelden: anmeldung@landtag.ltsh.de



Stephan Krawczyk war bereits 2011 im Plenarsaal des Landtages zu Gast.

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Herbst wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

- Donnerstag, 10. Oktober: Lübeck**
- Dienstag, 15. Oktober: Heide**
- Dienstag, 29. Oktober: Schwarzenbek**
- Donnerstag, 7. November: Lübeck**
- Dienstag, 19. November: Heide**
- Donnerstag, 5. Dezember: Lübeck**
- Dienstag, 17. Dezember: Heide**

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

„Museum Behnhaus Drägerhaus“ stellt im Landtag aus

Gemälde und Skulpturen aus dem „Museum Behnhaus Drägerhaus“ in Lübeck sind vom 13. November bis zum 12. Januar 2020 im Landtag zu sehen. Die Veranstaltung ist Teil der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“, die der Landtag gemeinsam mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) ausrichtet. Die Ausstellung ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr im Landeshaus zu sehen. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.